

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahl-Verzeichnisse der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabgleich der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 297

Dresden, Montag, 24. Dezember

1923

Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

Das „überalterte“ Präsidium. — Das Ende der Papiermarkkredite.

Berlin, 23. Dezember.

Der Reichspräsident hat gestern die Urkunde zur Ernennung des bisherigen Währungskommissars Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten dem Reichskanzler zur Gegenzeichnung überreicht. Inzwischen hat die Regierung einstimmig der Wahl Dr. Schachts zum Präsidenten der Reichsbank beigestimmt. Damit kann die Ernennung als vollzogen gelten.

Als der Reichstag dem Reichspräsidenten den Währungskommissar Dr. Schacht für das Amt des Reichsbankpräsidenten in Vorschlag brachte, konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Ernennung erfolgen würde. Auch für das Direktorium der Reichsbank dürfte das als selbstverständlich gegolten haben, ohne daß die Herren daraus aber irgendwelche Konsequenzen gezogen hätten. Bevor sich der Reichstag auf Dr. Schacht einigte, bezeichneten sie zwar ihren jetzigen Chef als „gänzlich ungeeigneten“ Mann für die Aufgabe, aber so viel Charakter, jezt aus ihrer Haltung die Konsequenz zu ziehen und die Mitarbeit mit Schacht abzulehnen, scheinen sie nicht aufbringen zu wollen.

Die Möglichkeit, einen Teil der Mitglieder des Reichsbankpräsidiums ihrer Ämter zu entheben, ist aber wohl ohne weiteres gegeben. Der Fünftehnerausschuß des Reichstages beschloß vor wenigen Tagen, aus Anlaß der Beratung des Beamtenabnahmengesetzes, den Paragraphen über die Altersgrenze auch auf das Direktorium der Reichsbank auszuweiten. Schließt sich die Regierung dem Fünftehnerausschuß an, was man, im allgemeinen Interesse, annehmen sollte, dann muß das überalterte Reichsbankpräsidium bereits zum 1. Januar fast vollständig verschwinden. Bei dieser Gelegenheit wäre es angebracht, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes gleichzeitig eine eingehende Reform der inneren Verwaltung der Reichsbank vorzunehmen. Übrigens verläutet, daß eine beratende Absicht besteht und daß die Geschäftsvorfälle aus dem Direktorium in die Hände des Reichsbankpräsidenten gelegt werden soll. Wir würden die Bewirtlichung dieser Absicht begrüßen, da, unter den augenblicklichen Verhältnissen, nur so Gewähr für eine zufriedenstellende Tätigkeit des deutschen Geldinstituts gegeben ist.

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat am Sonnabend wichtige Beschlüsse über die Kreditgeschäfte der Reichsbank gefaßt, die endlich das Ende der sogenannten Papiermarkkredite bringen. Vor Monaten hatte sich bekanntlich die Reichsbank nach langem Zögern nur entschließen können, vier Fünftel des Lombardkredits auf wertbeständige Grundlage zu stellen. Nebenher ging ein nicht gesicherter Diskontoverkehr zu Lasten der Reichsbank und des Staates. Das waren jene verhängnisvollen Papiermarkkredite, die zur Zeit der großen Zurückgänge der Reichsmark von einer schamlosen Spekulation als gutes Geschäft ausgenutzt wurden. Nach den Beschlüssen des Zentralausschusses müssen sich die Kreditnehmer in Zukunft bei Kauf von Wechseln verpflichten, eine eventuelle Markterwertung zu tragen. Maßgebend für die Berechnung der Antwortung sind die amtlichen Dollarmittelkurse für telegraphische Auszahlung New York der dem Diskont- und Verfalltage vorhergehenden Börsennotierung. Der Zinssatz für wertbeständige Diskontkredite ist auf 10 Proz., und der für wertbeständige Lombardkredite auf 12 Proz. für das Jahr festgesetzt. Soweit noch auf Grund früherer Verhandlungen in Einzelfällen Papiermarkkredite ohne Antwortungsnahme erteilt werden, gilt der frühere Zinssatz von 90 Proz.

Soll auch Thüringen vergewaltigt werden?

Der Plan der Reaktion: ein deutschnationaler Landrat als Reichskommissar!

Weimar, 24. Dezember.

Wie hier verlautet, soll in Kreisen der Reichsregierung die Einsetzung eines Reichskommissars für Thüringen ernsthaft erwogen werden. Die Nachricht hat hier lebhaftes Versehen hervorgerufen, zumal davon die Rede ist, daß unter dem Einfluß militärischer Stellen der deutschnationale Landrat Dr. Sattler für diesen Posten in Aussicht genommen ist. Man nimmt an, daß auf diese Weise der Versuch gemacht werden soll, auf die im Februar bevorstehenden Wahlen zum Thüringer Landtag einzuwirken. Eine Rechtsgrundlage für ein derartiges Vorgehen wäre in keiner Weise gegeben, da die thüringische Regierung eine verfassungsmäßige im Sinne der Weimarer Verfassung ist, also die Voraussetzung für ein Eingreifen des Reiches gegen die Regierung nicht vorliegt. Man glaubt deshalb hier, daß der Reichspräsident einem derartigen Vorgehen seine Zustimmung verweigern wird.

Das Motiv des Planes!

Wahlbeeinträchtigung.

Berlin, 23. Dezember.

Der Reichswehrminister wollte bekanntlich vor wenigen Tagen auch in Thüringen. Erwidern er nach Berlin zurückgekehrt ist, werden in Regierungskreisen die verschiedenen Pläne über eine Beeinträchtigung der in Thüringen bevorstehenden Wahlen zu Gunsten der bürgerlichen Parteien laut. Die Antriebskräfte des freistaatlichen Thüringen werden von einem sozialistischen Kumpfabineer geleitet. Das ist den bürgerlichen Parteien unangenehm, und sie wünschen deshalb, die durch den Militärbeschlüß herbeigeführt worden sei, durch die bürgerlichen Parteien Rechte der bestehenden Regierung noch weiter zu beschränken. Bei dieser Gelegenheit tauchte auch der Gedanke auf, für Thüringen einen Reichskommissar zu ernennen, um die verfassungsmäßige Regierung vollkommen rechtslos zu machen. Herr Gehler scheint diesen Plan nach Berlin übermitteln zu haben, und es ist nicht verwunderlich, wenn der halb völkerversteinernde und halb deutschnationale Innenminister Dr. Jaxer ihm sofort besondere Beachtung schenkte. Angeblich besteht zwar der Wahlnahmezustand zur Sicherung der Ruhe und Ordnung, aber er hat bisher nur Anordnungsgeschäften und dem Reiche große finanzielle Ausgaben verursacht, während die Erwerbslosen und Rentner fast zum Hungertode verurteilt wurden. Es wäre nicht verwunderlich, wenn weiterhin im gleichen Tempo fortgeführt und in das Land Thüringen ein neues Kommando der Unruhe hineingetragen würde, indem man einen deutschnationalen Landrat zum Reichskommissar ernannt. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit gegen diesen neuesten Wahnsinn! Wird er verübt, dann dürfte er in der Praxis nur das Gegenteil dessen ergeben, was mit ihm bezweckt ist.

Scharfe Ablehnung!

Berlin, 23. Dezember.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Wie wir erfahren, trifft in der Tat zu, daß über die Ernennung eines Reichskommissars für Thüringen, der an die Stelle der thüringischen Re-

gierung treten soll, Erwägungen angestellt worden sind. Eine Entscheidung ist indes weder in der Sache noch in der Personfrage bisher getroffen worden. Das Material, auf das ein solches Vorgehen gestützt werden könnte, ist und noch nicht bekannt. In Thüringen herrscht Ruhe und Ordnung. In der Öffentlichkeit hat bisher nichts davon verlautet, daß das Weiterbestehen der jetzigen sozialistischen Regierung (die Kommunisten sind bekanntlich aus dem Kabinett ausgeschlossen) Ruhe und Ordnung gefährdet. Für eine erneute Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung ist deshalb unternommen kein Raum. Die „Berliner Volkszeitung“ bemerkt: Wir möchten in jedem Fall davor warnen, dem Lande Thüringen gegenüber, in dem mühsam errungene Ruhe herrscht, eine Haltung einzunehmen, die Gerechtigkeit und noch mehr politische Vernunft energisch verbietet.

Schutz der Republik...

Berlin, 23. Dezember.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Am Morgen des 10. Dezember ließ vor Schulbeginn der Herr Major v. Roques durch seinen Adjutanten die Schulleiter der drei Weitzer Volksschulen (höhere Schulen) bitten, durch Auslegung des Unterrichts für zwei Stunden den Schülern der betreffenden Schulen Gelegenheit zu geben, dem Abzug der Reichswehr zuzuschauen. Die Schulleiter, an die das Ersuchen ging, entließen darauf ihre Schüler, und es schloß sich diesem Vorgehen der Leiter der Berufsschule an. Auch einige Klassen der Allgemeinen Volksschulen (Volksschulen) ließen den Unterricht zum Teil gegen den Willen des Schulleiters ausfallen. Das Kreisoberamt war um Freigabe des Unterrichts für diese Schulen nicht angegangen worden. Wir sind der Auffassung, daß solche Eingriffe militärischer Befehlshaber in die Schulverwaltung mit der Schaffung von Ordnung im Lande nichts zu tun haben. Abgesehen von dieser jugendverderblichen Major v. Roques derselbe eifrige Kommandeur, der die bekannten Erfindungen über die politische Richtung und sonstige interessierende Fragen über höhere Verwaltungsbeamte und Lehrer einzog.

Die Tätigkeit des Fünftehnerausschusses.

Fruchtlose Opposition der Sozialdemokraten.

Berlin, 24. Dezember.

Der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eingesetzte Fünftehnerausschuß des Reichstages hat am 20. Dezember seine Beratungen vorläufig beendet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er erst nach Neujahr wiederum zusammentreten. In den bisherigen Sitzungen des Ausschusses sind folgende wichtigen Vorlagen behandelt worden:

1. Die Personalabbau-Verordnung,
2. die Beurlaubungsordnung,

3. die Verordnung über die Auflösung der Flüchtlingslager,
4. die zweite Steuernotverordnung,
5. die Verordnung zur Änderung des Mieterschutzes und der Wohnungsmangelgesetze,
6. die Verordnung über das Arbeitszeitgesetz,
7. die Verordnung über die Aufhebung des Gesetzes über Wiedereinstellung und Rückbildung in Teilen des Reichsgebietes,
8. die Verordnung über die Vereinfachung der Strafrechtspflege,
9. die Verordnung zur Vereinfachung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsverfahren.

10. die Verordnung über Goldwechsel und -scheck,

11. die Verordnung über Goldbilanzen.

Entsprechend dem Ermächtigungsgesetz ist der Ausschuß zu allen diesen Verordnungen „gehört“ worden. Der Ausschuß hat sich aber nicht damit begnügt, die Verordnungen der Regierung zur Kenntnis zu nehmen, sondern er hat auch seine Stellung in Form von Abänderungsanträgen und Entschlüssen zum Ausdruck gebracht. Die Parteien haben somit Gelegenheit gehabt, ihre zustimmende oder ablehnende Haltung zu einzelnen Teilen der Vorlagen oder zu den Vorlagen überhaupt darzulegen. Von dieser Möglichkeit haben die sozialdemokratischen Vertreter ausgiebigen Gebrauch gemacht.

Daß sie einigen Vorlagen der Regierung völlig ablehnend gegenüberstanden, ergibt sich ohne weiteres aus ihrer bisherigen Haltung. Auf ihre Initiative hin ist seinerzeit den Arbeitern und Angestellten des Ruhrgebietes das Recht auf Wiedereinstellung gesetzlich zugesichert worden. Daß sie also mit der Beseitigung dieses Rechts nicht einverstanden waren, bedarf keiner besonderen Betonung. Ebenso klar ist die Haltung der Sozialdemokratie zur Verordnung über die Arbeitszeit.

Eine der ersten Handlungen des sozialistischen Kabinetts Marx war der Ablauf der Demobilisierungsvorordnung am 17. November hat am 30. November der Reichspräsident als Arbeiter, Angestellte und Beamte die Schutzlosigkeit, der sie seitdem verfallen sind. Die Sozialdemokratie hat die Widerrechtlichkeit der Demobilisierungsvorordnungen verlangt. Wie nach der Stellung der bürgerlichen Parteien zu erwarten war, ist diesem Antrage, den der 16er Ausschuß ebenfalls zu erledigen hatte, nicht Rechnung getragen worden. Daher hat die Sozialdemokratie den Versuch unternommen, die Verordnung über die Arbeitszeit so zu gestalten, daß sie einen Schutz für die Arbeiterklasse darstellt. Aber auch dabei fand sie, wie die Beschlüsse des 16er Ausschusses zeigen, den Widerstand aller bürgerlichen Parteien.

Wahlverbot und Schutzhaftschmach.

Die Reichsregierung verspricht...

Berlin, 24. Dezember.

Dem Reichsausschuß des Reichstages lag am Sonnabend folgender sozialdemokratischer Antrag zur Beratung vor:

„Zum Tag der Ausschreibung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung ist auch für verbundene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinen (ausschließlich zur Vertreibung von Wahlen zulässig, Versammlungs- und Pressefreiheit unentgeltlich) für sie nur den allgemeinen politischen und strafrechtlichen Beschränkungen.“

Der Vertreter des Reichswehrministeriums erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung, noch keine Mitteilung über die Stellung der Regierung zu diesem Antrage machen zu können. Auf den Protest der Abg. Dittmann und Rosenfeld über die nachlässige Behandlung des Reichsausschusses durch das Reichswehrministerium versicherte der Vertreter der Regierung, daß sein Ministerium nicht die Absicht habe, die Angelegenheit zu verzögern. Abg. Dittmann erörterte dann das Verbot der kommunistischen Wahlvorschlüge durch den sächsischen Militärbefehlshaber.

Der Regierungvertreter erklärte, der sächsische Militärbefehlshaber habe freie Hand gehabt, die kommunistischen Wahlvorschlüge zu verbieten, wenn die sächsische Regierung tatsächlich die nationalsozialistischen Wahlvorschlüge zu verbieten beabsichtige. Der Militärbefehlshaber habe also tatsächlich nur den Schutz der Verfassung beabsichtigt. Das wurde durch den Abg. Dittmann in Zweifel gezogen. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich angenommen, nachdem er, mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien, gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten eine Einschränkung durch Einfügung des Wortes „ausschließlich“ erfahren hatte. Im weiteren Verlauf der Sitzung trat Abg. Rosenfeld umfangreiches Material

über die verhängte Schußhaft in Thüringen und Sachsen vor. Die Regierung sei immer noch nicht dem einstimmigen Beschluß des Reichsausschusses, die Schußhaftgesetz von 1916 anzuwenden, nachgekommen. Verhandlungen und Qualereien der Schußhaften lämen immer noch vor. Dabei verhängten sich besonders Zeitfreiwillige, die aus dem Kreis des Landbundes kamen. In dem Streife eines Zeitfreiwilligen heißt es unter anderem, daß in der Reichswehrkompanie, der er angehört, eine herrliche nationale Stimmung herrsche. Die Kompanie habe sich 150 jilberne Patentreuze anfertigen lassen, die unter dem Kranz getragen werden. Von bürgerlicher Seite wurde die Berechtigung der sozialdemokratischen Beschwerden anerkannt. Der demokratische Abgeordnete Brodau nannte den Transport der Verhafteten, die von Kavallerie an die Pferde gebunden wurden, Sklavenjagderei. Staatssekretär Zweigert spricht die Erwartung aus, daß die Regierung bereit sei, das Schußhaftgesetz von 1916 anzuwenden. Die Beratung sei noch nicht abgeschlossen. Es sei aber mit der Veröffentlichung noch vor Weihnachten zu rechnen. (?) Der Ausschuss nahm dann folgenden sozialdemokratischen Antrag einstimmig an:

„Die Reichsregierung ist zu eruchen, die Prüfung der Schußhaftfälle auf das schnellste vorzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß eine möglichst große Zahl Schußhaftgefangener noch vor den Festtagen zu ihren Familien zurückkehren könne.“

Geschleirerte Einigungsverhandlungen.

Das „völlig undisfutabel“ des D. V. B. Berlin, 23. Dezember.

In den letzten Wochen haben, auf allgemeinen Wunsch der deutschen Beamtenschaft, zwischen dem A. D. B. und dem T. V. B. Einigungsverhandlungen stattgefunden. Wie mitgeteilt wird, galt für den A. D. B. bei diesen Beratungen als oberster Grundsatz, nach Möglichkeit eine Einigung herbeizuführen, die eine größere Mächtigkeit der Beamtenschaft bedeuten würde. Mit gutem Recht bezeichnete der A. D. B. als Vorbedingung die Erhaltung der Republik und die Propaganda für den Grundsatz, daß in der Wirtschaftspolitik die gemeinschaftlichen Interessen weit den privaten Einzelinteressen voranzustellen seien. Selbstverständlich lassen sich diese Ziele nur verwirklichen, wenn die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine durch einen Organisationsvertrag besiegelte Arbeitsgemeinschaft bilden, wobei die Selbständigkeit und Handlungsfreiheit jeder einzelnen Spitzenorganisation durchaus gewahrt bleiben kann. Diese Auffassung hat der Allgemeine Deutsche Beamtenbund bereits am 25. Oktober in einem längeren Schreiben an den T. V. B. vertreten, als er eine einheitliche Abwechslung der gesamten Beamtensorganisationen vorschlug. Unter den in diesem Schreiben u. a. aufgeworfenen Fragen lautet Nr. 6:

„Sind die Spitzenverbände bereit, wenn eine grundsätzliche Einigung über die einzuschlagenden Kampfwege erfolgt ist, eine Kampfgemeinschaft der deutschen Beamtenschaft zu schließen?“

Der Verlauf der eingeleiteten Verhandlungen hat, so schreibt der „Soz. Parlamentarier“, gezeigt, daß die gegenwärtigen Führer des T. V. B. den gewerkschaftlichen Grundbegriffen noch sehr fern stehen. Sie bezeichneten z. B. den zwischen A. D. B., Afa-Bund und A. D. B. abgeschlossenen Organisationsvertrag als einen „Fetzen Papier“, auf den die gesamte Beamtenschaft verzichten könne. Außerdem wurde von ihnen betont, „jeder, der sich mit uns vereinigen will, muß frei sein von solchen Bindungen irgendwelcher Art.“

Diese methodische Auffassung führte die Verhandlungen auf den toten Punkt. Einen Ausweg erblickten schließlich beide Teile nur noch in der Beizugung der Mitglieder. In einem Schreiben vom 10. Dezember machte der A. D. B. den

Vorschlag, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern beider Bünde vorzunehmen und folgende Frage zur Abstimmung zu stellen:

„Sind Sie für eine Wiedervereinigung von A. D. B. und T. V. B. zu einem Vereinigten Deutschen Beamtentum unter der Voraussetzung, daß diese neue einheitliche Spitzenorganisation mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen Freien Arbeiterbund zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftskleben ein vollkommenes Einverständnis im Grundsatze der paritätischen

Ein Generalsturm auf die Republik. Volksbegehren der Bayerischen Volkspartei.

München, 21. Dezember.

Die unerwartete Niederlage im Parlament hat die Bayerische Volkspartei bereit aufgebracht, daß sie in vollkommen zweckloser Eile einen Schritt getan hat, der die Absichten ihrer letzten großaufgemachten parlamentarischen Aktion enthält und klar und eindeutig für jedermann, der es etwa vergessen haben sollte, die politischen Ziele dieser maßgebenden Partei eines deutschen Reichstaates zeigt. Nachdem die von ihr so stürmisch verlangte sofortige Auflösung des Landtages nicht gelungen ist, sollte man meinen, sie lege nun alles daran, um die im Landtag beschlossenen Vorausschreibungen für die Auflösung so schnell wie möglich zu schaffen. Aber daran hat die Bayerische Volkspartei kein Interesse. Sie fordert ein

Volksbegehren zur Verkürzung eines Volksentscheides.

um den § 92 aus der jetzigen bayerischen Verfassung, der eine Zweidrittelmehrheit für verfassungsändernde Beschlüsse vorschreibt, auszumergen. Weiter soll dann durch den Volksentscheid der gegenwärtige Landtag aufgelöst und ein neuer Landtag, und zwar als verfassunggebender, gewählt werden, der ohne den § 92 in einfacher Mehrheit die verfassungsrechtliche republikanische Verfassung in ihren Grundzügen umsetzen, den schon lange ersehnten Staatspräsidenten mit souveränen Vollmachten schaffen und damit grundsätzlich den Weg freimachen soll für die wittelsbachischen Zeiten vor 1918.

Es ist notwendig, auf dieses letzte Ziel der Bayerischen Volkspartei hinzuweisen, wenn sie jetzt am Feuer der Volksstimmung, die unter dem Trud der wirtschaftlichen und politischen Räte unserer Tage in ihrer Mehrheit vielleicht gegen das Parlament eingenommen ist, ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen hofft. Das Volksbegehren, das den Volksentscheid herbeizuführen hat, benötigt ein Fünftel aller Wahlberechtigten. Der Volksentscheid braucht für die Durchführung einer aufgestellten Forderung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Es ist klar, daß diese ganze Prozedur und ihre Prüfung auf Richtigkeit ziemlich langwierig und daß deshalb die Auflösung des Landtags auf

Monate hinaus zurückgestellt ist. Nicht zweifelhaft ist ferner, daß die Bayerische Volkspartei im Volksbegehren sehr wohl das notwendige Fünftel Stimmen aufbringt, ebenso ist damit zu rechnen, daß sich im Volksentscheid eine Zweidrittelmehrheit für eine Auflösung des gegenwärtigen Landtags ergibt.

Der schwere Schlag gegen die deutsche Republik und ein zerstörender Einfluß auf die Verfassung von Weimar aber würde es bedeuten, wenn sich im bayerischen Volk eine Zweidrittelmehrheit für die Forderung, einen verfassunggebenden Landtag zu wählen, der mit einfacher Mehrheit eine neue bayerische Verfassung zu beschließen hat. Aber allein darum ist es der Bayerischen Volkspartei zu tun, nachdem all ihre bisherigen Versuche, zu diesem Ziele zu gelangen, fehlergefallen sind.

Bei einer einigermaßen objektiven Auffassung des Volkes dürfte es nicht schwer sein, auch in Bayern soziale Republikaner an die Urne des Volksentscheides zu bringen, daß auch dieser neue Versuch einer bayerischen Restauration mißlingt. Eine selbstverständliche Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Wahlfreiheit unter keinen Umständen durch den Ausnahmezustand in Gefahr geschlagen und die zu schaffenden Garantien nicht etwa einseitig einer Partei zum Nutzen gehalten werden.

Republikanische Betätigung wird verbote!

München, 23. Dezember.

Am Sonnabend abend sollte eine geschlossene Familien-Weihnachtsfeier der bayerischen Familien-Reichsbundes in München abgehalten werden. Sie wurde aber in letzter Stunde vom Generalstaatskommissar verboten, und zwar mit der Begründung, daß es sich um eine öffentliche Veranstaltung handle. Trotzdem der Vorsitzende des Bundes, sowohl mündlich bei der Polizeidirektion, wie schriftlich bei Herrn v. Kahr, den Nachweis dafür erbrachte, daß es sich tatsächlich um eine geschlossene Veranstaltung des Reichsbundes (nur für Mitglieder und ihre Familienangehörigen) handeln sollte, blieb es bei dem Verbot, das offensichtlich der Auflösung entspricht, jede Art der Betätigung des republikanischen Geistes in München und Bayern unter allen Umständen zu unterbinden.

tischen und religiösen Neutralität anerkannt und die Selbständigkeit der Beamtenspitzenorganisationen voll gewahrt wird?“

Obwohl die ganze Angelegenheit nahezu einmütig von der Beamtenschaft als dringlich bezeichnet wurde — denn täglich liefen aus allen Teilen Deutschlands entsprechende Zuschriften ein — brachte es der Vorstand des D. V. B. durch allerlei Ausschüfte fertig, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Angeht dieses Verschleppungsmanöver mußte der Vorstand des A. D. B. in seiner Sitzung vom 19. Dezember die einzig mögliche Folgerung ziehen, daß der Vorstand des T. V. B. die Verhandlungen als beendet betrachtet. Diese Auffassung wurde durch ein Schreiben des Deutschen Beamtensbundes am 20. Dezember durchaus bestätigt, denn darin wird die vorgeschlagene Formulierung der Urabstimmung als „völlig undisfutabel“ bezeichnet. Damit sind die Verhandlungen als beendet anzusehen. Jetzt hat die Beamtenschaft selbst das Wort!

Wir sind der Meinung, daß die nachgewiesene Verschleppung der Einigung verhandlungen die letzten gewerkschaftlichen Abwechslungen zum Schaden der Beamten beeinflusst hat. Jetzt gilt es, daraus zu lernen und die Einigung aller gewerkschaftlich eingestellten Teile auf anderem Wege zu erreichen.“

Das Bombenattentat in Hannover.

Hannover, 23. Dezember.

Die Bombe, die gegen das Regierungsgebäude in der StraÙe am Arndt zur Explosion gebracht wurde, hat sowohl am Regierungsgebäude selbst wie an dem gegenüberliegenden Staatsarchiv starke Verheerungen angerichtet. In beiden Gebäuden ist auch nicht eine Fenster Scheibe ganz geblieben. Zum Teil sind sogar die Fensterbänke aus den Füllungen durch die Luftdruck herausgerissen worden. Die „Bombe“ selbst, die man ursprünglich wohl an dem an der Arndtstraße gelegenen Haupteingang des Gebäudes (über dem sich die Wohnung des Oberpräsidenten Koste befindet) anbringen wollte, ist neben dem Treppenaufgang zur Explosion gebracht worden. Sie muß eine ganz erhebliche Sprengladung gehabt haben, was schon daraus hervor geht, daß die dicken Sandsteinquadern, die den Treppenaufgang einfassen, vollkommen zur Seite gedrückt worden sind.

Es ist zu vermuten, daß eine starke Explosion, die vor einigen Tagen um 10 Uhr abends in der Nähe von Linden stattfand, mit dem Attentat im Zusammenhang steht. Die Polizei hat ermittelt, daß in dieser ersten Explosion wahrscheinlich Dynamitpatronen verwendet wurden, die aus einem Kellervort bei Wahrenberg geholt waren. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ähnliche Dynamitpatronen auch diesmal zur Verwendung gelangten, da die bisherige Untersuchung ergeben hat, daß keinerlei Spuren von Sprengstoffen, Riegel oder dergleichen gefunden worden sind, so daß anzunehmen ist, daß die „Bombe“ reiflos explodierete.

Die angestellten Ermittlungen sind bisher ergebnislos verlaufen. Der Oberpräsident selbst wehte zur Zeit der Explosion nicht in seiner Wohnung im Regierungsgebäude, sondern nahm an einer Weihnachtsfeier der Schutzpolizei teil. Er ist persönlich der Überzeugung, daß es bei dem Attentat auf ihn selbst abgesehen war.

„Mädi“ im Residenztheater.

Am Sonntag hielt die neue Operette, die für die nächste Zeit Raß machen soll, ihren Einzug. Sie ist ein echtes Berliner Kind: Text von Alfred Grünwald und Leo Stein, Musik von Robert Stolz. Alles nach bewährten Rezepten. Die Handlung dreht sich um das Testament einer Erbante, demzufolge der betreffende Neffe nur eine geschiedene Frau heiraten soll. Nun ist die ganze Testamentsache aber, wie man an der Spitze sagt, nur Schmus. „Mädi“ heiratet ihren Onkel, sie tut es aber zunächst nur auf vier Wochen, um sich dann, vermeintlicher Weise, von ihm wieder scheiden zu lassen. Aber sie bleiben schließlich ein glückliches Paar. Der stärkere Besessene geht zu denen, die Gefas-Mädis genug finden. Die Szenen spielen in einem eleganten Klub (L. K.), in der Halle eines Winterport-hotels (Z. K.) — wie zeitgemäß! — und im Schlafsaal des Riviera-Expreß. Zugleich als Möbelschau, Modenschau. — Für die leicht zu befriedigenden Gemüter des heutigen Publikums genügender „Stoff“ zur Unterhaltung in jeder Hinsicht. Das Ganze nun noch dazu „mit Musik“. Was will man mehr? Und Robert Stein ist ein gewandter Musiker. Seine Musik hat Fluß, ist melodisch, und die reicherdo do la paternität ist bekanntlich verboten. Also, es klingt im Orchester, es singt auf der Bühne, die Abtänze fehlen auch nicht, auch nicht Schläger vom Schlage des Kobeltzerzits, der schmaligen Weise „Mädi, mein süßes Mädi“ u. a. m. Kurz und gut, die Operette wird ihre Pflicht erfüllen und volle Häuser machen, bis sie von einer anderen Iphigeneien abgelöst wird. Unter den Solisten ragten wie ihre Rollen hervor: Grete Brill, das süße Mädi, und Otto Warlt, ihr Anwalt (famoses Kobeltzerzitz). Sie sind allein schon stimmlich die Sterne des Ensemble. Sulfall amüsiert alle wieder in einer komischen Charge, und Wörzige gibt dem leicht zu röhrenden eigentlichen Charakter alles, was der Rolle zukommt. Die übrigen

müssen sich mit einem summarischen Lob begnügen, das sich natürlich auch auf die Spielleitung (Carl Blumau) erstreckt. Vortrefflich, wie immer, mit allem erwünschten Schneid waltete Ernst Schickelang seines Amtes am Dirigentenpult, und auch Adolf Gassert, als für die Tänze verantwortliche Zeichner, sei nicht vergessen. Natürlich fehlte auch die übliche Premierenstimmung nicht. Für die nächste Zeit ist also der Bedarf des Spielplans der Bühne gedeckt!

Kontaktkünstlerverein.

(Erster Aufführungabend.) Der Besuch der Veranstaltung litt etwas unter der Weihnachtsstimmung. Künstlerisch aber nahm sie einen würdigen Verlauf, durch-aus dem Range entsprechend, den sie in dem musikalischen Leben unserer Stadt einnimmt. Das Programm verzeichnete, als Neuheit für Dresden, Paul Hindemiths Kleine Kammermusik für fünf Blasinstrumente (op. 24, Nr. 2), die ihren Schöpfer fast durchgängig in dem Sinne der modern „linearen“ Komposition zeigt, von der Alfred Reuß im neuesten Heft (13) der „Zeitschrift für Musik“ nebenbei bemerkt recht hübsch sagt, daß sie sich im politischen Leben des heutigen Deutschland widerspiegelt. Beim Publikum hatten die einzelnen Sätze zumeist einen Fortschrittserfolg, und man wußte nur nicht recht, ob es vom Komponisten in allem auch wirklich beabsichtigt war; denn zwischen ihnen gab es welche, die von einem recht ersten Ausdruckswillen befeuert schienen, wie beispielsweise der „Mühlg und einfach“ betitelt. Die Aufnahme am Schluß war, wie man sich denken kann, geteilt, schließlich siegen aber doch die Mäcker über die Blüher; schon insofern mit Recht, als allein die glänzende Webergabe des schwierigen Werkes durch das Bläserensemble unserer Staatsoper dies rechtfertigte. Dann aber auch, weil die Komposition ungewöhnlich eine leicht gefundene Hand verrät. Vorangegangen war Erwald Straußers bereits in einem Abendsabend gehörtes

Klarinettenquintett op. 34 G-dur, dem man gern wieder begegnen, obwohl sein Schöpfer manchmal mehr als gut in die Breite musiziert. Aber das Werk hat doch seine auch eingängigen Reize; für mich namentlich in den Mittelstücken (z. B. im Largo) fehlt es auch an warmem Melos noch nicht. Dann ist es ein dankbar Stück für den Klarinetisten (Ludwig Schülle), der Gelegenheit hat, sich tonlich und technisch zu zeigen. Nach Hindemith sprach Schubert mit seinem Streichquartett op. 163 (aus seinem Todesjahr) das letzte Wort. In allgemeiner Bestriedigung, wie man sah. Das Schiering-Quartett, das sich auch hier wieder an dem Abend, erst im Straußes-Quintett, in ganz prächtiger Verfassung zeigte, spielte das Werk, diesmal unter Leitung des Herrn Wohltab am zweiten Cello-Pult, allen Lobes wert.

D. S. Bachs Weihnachtsoratorium. Der Kontaktverein unter Leitung des Crucianer-Chors hielt am Sonnabend seine Christvesper in We-laden der Aufführung des genannten Werkes ab. Neben dem Heinrich Schüpfer'schen Weihnachtsoratorium ist und bleibt es nun einmal die für diese Gelegenheit im besonderen geeignete Ton-schöpfung. Gerade die Schlichtheit und Einfachheit, man möchte sagen, die Begrenztheit der Aufführung der Geburt Christi, die nichts gemein hat mit dem Weltumspannenden der Händel'schen Im Messias, paßt so recht auch in den Rahmen des spezifisch protestantischen Kults. Also, daß das im wesentlichen in der üblichen Fassung aufgeführte Werk seine Wirkung auch diesmal nicht verfehlte, und man es dankbar vermerken mußte, daß der Kontaktverein unter den jetzigen, besonders erschwerten Verhältnissen in seinem Wirken „durchhält“. Aber die Aufführung, die, wie immer, Otto Richter, Hilberts und Hilberts leitete, nur wenige Worte. Was die Solisten anlangt, so sang Liesel v. Schuch wieder mit bestem Erfolg die Sopranpartie. Der Tenorist Bröll war in seiner Partie am Klare. Helene Jung sang die Sopranpartie, und Georg Jottmahr vertretet würdig die Basspartie. Die Instrumental-soli vertreteten die Herren Schneider (Violine),

Pfannenstiel und Bergzog (Cembalo), Schmidt (Trompete). D. S. Der „Wahrheitsmund“ im Weigner Stadttheater. Die moderne Operette lebt von der Erotik; alles Stoffliche wird nur unter diesem Gesichtswinkel betrachtet. Wie anders bei den Strauß, Millöcker, Jeller, wo die Fabel weit mehr im Vordergrund stand und das Musikalische unmittelbar daraus hervorwuchs. Heinrich Plagbeder knüpft an diese Formen an, und sein „Wahrheitsmund“ steht der Operette näher als der heutigen Operettenfabrikate. In ihr lebt jene stille verhaltene Freude am Musikieren, die wir heute vergebens suchen, ihr mangelt das bloße Hofden nach dem Effekt, nach der Wirkung um der Wirkung willen. Sein Publikum ist nicht das abgehobene, abgetriebene der Großstadt, das mit dem neuesten „Schlager“ weniger seine Nerven betätigen als sie erneut nur aufpeitschen will, sondern jenes, das auch in der leichteren Kunst Verklärung des Alltags sucht. Und wenn wir zu den älteren Operetten zurückgreifen, so tun wir es um des musikalischen Gehaltes willen. Es war daher ein Verdienst des Weigner Stadttheaters, Heinrich Plagbeders „Wahrheitsmund“ erneut auf die Bühne zu bringen. Jenes Werk, das vor Jahren allgemeine Beliebtheit fand, ward somit einer unverdienten Vergessenheit entzissen. Wo findet man heute solche feine, musikalisch durchgebildete Szenen, solche Finales, die an die der Operette erinnern? Auch gestern fanden Handlung und Musik ihren Weg zu den Herzen der Oper, und oft unterbroch Weisall auf offener Szene das Spiel. Allerdings hatte Direktor Wahmanns alles daran gesetzt, eine tüchtige Aufführung herauszubringen. Georg Ernest war ein alter, aus vom Hipperlein geplanter Herzog, Elisabeth Märide eine treffliche Herzogin; unter den komischen Rollen verdienen Hilte Ernest als süße Jose und namentlich Albre Hoffmanns munterer Beppo ein Sonderlob. Inbeffen, das Wichtigste wäre beinahe vergessen: das prächtige Ensemblespiel, das namentlich im Finale

Tariflose Zeit.

Auebedingungsvorschlag der mitteldeutschen Grubenherren.

Berlin, 24. Dezember.

Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat eine bedenkliche Verschärfung erfahren. Die Arbeitgeber haben bekanntlich den Manteltarif zum 31. Dezember 1923 gekündigt und versuchen, nachdem sie die Bergleute durch Hunger, Stilllegungen und Maßregelungen mürbe gemacht haben, verlängerte Schichtzeiten einzuführen.

Poincarés falsche Behauptungen.

Eine deutsche Erwiderung auf die letzte Kammerrede.

Berlin, 23. Dezember.

M.A. meldet: Der französische Ministerpräsident hat in seiner Kammerrede seine Ruhrpolitik mit den bekannten Argumenten verteidigt. Es erübrigt sich, die allgemeinen Grundtönen und Ziele der Ruhraktion nochmals ins richtige Licht zu stellen.

Die Ausführungen über den Inhalt des deutschen Reparationsangebots vom 2. Mai.

Wenn der französische Ministerpräsident das Angebot deshalb als lächerlich bezeichnet, weil es den vom Staatssekretär Hughes gemachten Vorschlag der Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission aufnahm, so kann dieser Standpunkt ohne weiteren Kommentar dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen bleiben.

Nur eine direkte Entkräftung des Angebots muß aber die Behauptung bezeichnet werden, daß nach dem Vorschlag der deutschen Regierung von dem damals angebotenen 30 Milliarden Goldmark ein Betrag von 20 Milliarden Goldmark als bereits bezahlt hätte abgezogen werden müssen.

Augaben über die Verkehrsverhältnisse in den besetzten Gebieten.

Die der französische Ministerpräsident auf einen angeblich immer noch andauernden deutschen Widerstand zurückzuführen zu können glaubt. Es ist richtig, daß die Verhältnisse im Eisenbahnverkehr trotz der Abmachungen der deutschen Eisenbahnerverwaltung und der Regie noch immer sehr im argen liegen und daß eine große Anzahl von Bahnhöfen und Strecken vollkommen verstopft sind.

Die Ursache liegt aber nicht in irgend-einer passiven Resistenz der deutschen Stellen, sondern allein darin, daß der Wiederaufbau des deutschen Personals, das allein imstande wäre, die Schwierigkeiten Herr zu werden, seitens der Regierverwaltung noch immer Widerstand entgegengezeigt wird.

wirtschaftlichen Ergebnisse seiner Pfänderpolitik

auch jetzt wieder als befriedigend bezeichnet, so braucht demgegenüber nur auf folgende Tatsachen und Zahlen hingewiesen zu werden:

Der französische Ministerpräsident selbst hat in seiner Kammerrede am 17. November das finanzielle Defizit der Ruhraktion bis zum 30. September mit 145 Millionen Francs beziffert, denen er eine zukünftige Einnahme in Höhe von rund 500 Millionen Francs entgegenzusetzen wollte.

Der Betrag von 145 Millionen Francs war offenbar zu niedrig gegriffen; jedenfalls dürfte aber die angekündigte Einnahme von 500 Millionen Francs auch heute noch lediglich auf dem Papier stehen. Tatsache ist es, daß die französische Wirtschaft infolge des Ausfalles der freiwilligen Reparationsleistungen für einen Mehrimport von Rohle und Holz bis zum 30. September etwa 600 Millionen Franc vorausgab hat.

Die Annahme, daß Frankreich ohne die Ruhrbesetzung von Deutschland überhaupt keine Leistungen erhalten haben würde, ist vollkommen unrichtig.

für die Dauer dieses Moratoriums Sachlieferungen

für die besetzten Gebiete in Aussicht gestellt. Der Wert, den diese Sachlieferungen hätten haben können und mutmaßlich gehabt haben würden, ergibt sich aus der Tatsache, daß Deutschland, trotz der Ruhrbesetzung und seiner katastrophalen wirtschaftlichen Folgen, an die nicht an der Besetzung beteiligten Alliierten noch Lieferungen im Werte von rund 380 Millionen Goldmark bewirkt hat.

Der französische Ministerpräsident sagt, daß die Entschlüsse der Abmachungen mit den deutschen Industriellen auf Reparationskonto zu verrechnen seien, daß davon aber nichts da.

Rufen für die Besetzung abgezogen werden würden. Er vergißt hinzu-zufügen, daß Deutschland gegen einen derartigen Abzug der Besetzungskosten bei der Reparationskommission nachdrücklich Protest erhoben hat und daß die Entscheidung der Reparationskommission über diese Frage noch aussteht.

Eine besondere Entgegnung erfordern schließlich noch die Bemerkungen, die der französische Ministerpräsident zu den von der Reichsregierung vorgelegten Verhandlungen über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten gemacht hat. Er hat ausgeführt, daß er keine Verpflichtungen eingehen werde, die die Autorität des Generals Teguotte schwächen oder die Freiheit

der rheinischen Bevölkerung schädigen könnten, und daß er sich zu keinem Mandat hergeben würde, das den Einfluß Berlins wieder auf eine Bevölkerung ausdehnen könne, die sich von diesem Einfluß zu befreien wünsche.

Der Reichsregierung ist nichts bekannt, worauf eine selbständige, unabhängige Autorität des Generals Teguotte beruhen könnte, der nichts anderes ist als der Kommandant derjenigen Truppen, die auf Befehl der französischen und belgischen Regierung in Widerspruch mit Recht und Vertrag das Ruhrgebiet besetzt haben. Obenwiegend ist der Reichsregierung bekannt, daß die Bevölkerung im besetzten Gebiete niemals den Schutz und die Hilfe Frankreichs angerufen hätte, um sich vom Einfluß Berlins zu befreien.

Bonden über die Ruhraktion.

Paris, 24. Dezember.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus New York hielt der ehemalige Beobachter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission, Bonden, auf dem Jahresbankett der Gesellschaft Neureland eine große Rede, in der er die Besetzung des Ruhrgebietes und die ganze französische Politik in der Reparationsfrage scharf verurteilte. Die Besetzung werde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands herabdrücken und die Wiederherstellung eines dauernden Friedens gefährden.

Bedenkliches Schwächebekenntnis.

Berlin, 23. Dezember.

Amsonig passivistische Verbände, vereinigt im Deutschen Friedenskartell, verbreiten nachfolgende Erklärung:

Das Deutsche Friedenskartell erhebt schärfsten Protest dagegen, daß Dr. Stresemann die Wiederaufnahme der inter-alliierten Militärkontrolle mit der Begründung abgelehnt hat, die deutsche Regierung könne die Sicherheit der Kontrollierenden Organe nicht versichern. Es sieht eine schwere Schwächung der deutschen Auslandsposition in der von dem deutschen Minister des Auswärtigen derartig öffentlich proklamierten Schwäche der deutschen Regierung.

Diese Erklärung ist geeignet, den Verdacht im Ausland wachzurufen, die Kontrolle werde abgelehnt, weil es bei uns etwas zu verbergen gäbe.

des zweiten Aktes zur Geltung kam. Von den bekannten Melodien gestiegen auf neue das „Turteltaubenduet“ und das „Hänsel-und-Gretel“. Und wenn zuletzt noch der sorgsam musikalischen Leitung von Kapellmeister Kurt Moriy gedacht wird, so sind alle die Helfer am Werk genannt. Kurz, die gesamte Aufführung hielt allen Ansprüchen stand und zeigte, daß das Weimarer Stadttheater auch höheren Anforderungen gerecht werden kann.

Herrn Gemeinrichs Himmelsreich. Die „Jülicher Post“ schreibt sehr ergötzlich: „Der Reederertrich in Antwerpen, bei dem, wie berichtet wird, 300 Mill. belgischen Franken Papiere nur etwa 150 000 Fr. gegenüberstehen, betrifft die französisch-belgische Schiffahrtsgesellschaft „Transoceanique“.

Das wiedererbaute Keim. Keim, die Hauptstadt der Champagne, die im Kriege fast völlig zerstört war, ist zu zwei Dritteln wieder aufgebaut und hat eine Bevölkerung von 75 000 Einwohnern, die sich großen Wohlstandes erfreuen. Schöne Läden und Privathäuser sind im Innern der Stadt entstanden. Die elektrischen Anlagen, die Straßenbahn usw. sind wieder im vollen Gange. Wüher sind in den letzten drei Jahren 1800 Mill. Fr. für den Wiederaufbau der Stadt ausgegeben worden.

Der Ausbau der Breslauer Kunstsammlungen. Sehr bedeutende Reinerwerbungen hat der Leiter des Breslauer Museums Prof. Braune während seiner kurzen Amtszeit gemacht. Wie im „Citerone“ berichtet wird, ist es ihm gelungen, eine umfangreiche Sammlung zusammenzubringen, in der natürlich das Hauptgewicht auf sächsische Meister gelegt wurde.

Das wiedererbaute Keim. Keim, die Hauptstadt der Champagne, die im Kriege fast völlig zerstört war, ist zu zwei Dritteln wieder aufgebaut und hat eine Bevölkerung von 75 000 Einwohnern, die sich großen Wohlstandes erfreuen.

Ein Gemälde von Raffael entd. Dem B. T. wird von Rom berichtet: In der Villa Rospigliosi herzoglich von Savona wurde bei Bauarbeiten ein zwei Meter breites, einen Meter hohes Gemälde von Raffael und Sixto Romano entd. Das Gemälde, das über hundert Figuren enthält, soll zu den großartigsten Schöpfungen des Meisters gehören. Rechts auf dem Bilde befindet sich ein Selbstporträt Raffael's und darunter ganz deutlich Raffael's Monogramm. Das Bild entstand auf Bestellung

Papst Julius des Zweiten, um dessen Palast in Savona zu schmücken.

Die deutsche Medizinische in Shanghai. Die während des Weltkrieges den Franzosen überwiesen wurde, wird jetzt, nach einer Meldung der „Deutschen Medizinischen Wochenchrift“, wieder neu eröfnet. Als die französischen Dozenten dort mit dem Unterricht begann zu wollen, weigerten sich die chinesischen Studenten, sich von anderen als ihren alten Lehrern unterweisen zu lassen. Ein Teil der Studenten blieb den Deutschen unentwegt treu, und mit dem Rest der Schüler ist die Schule nunmehr in Soojun, 15 Meilen von Shanghai entfernt, wieder eröffnet worden.

Deutscher Sprachverein. In der November-Sitzung sprach Oberstaatsarchivar Dr. Beschorner über „Die deutschen Flurnamen“. Er hat bei der Versammlung zunächst eine reichhaltige Geschichte, betitelt „Reine Heimatflur“ oder „Was die Dore vom Lande in der Stadt sah“. Daran knüpfte er Darlegungen über die Bedeutung der Flurnamen, über das Verfahren der Flurnamensammlung und über die wissenschaftliche Bewertung der Einsätze. In sorgfältiger Erdtierung behandelte er dann den vielerörterten und aus dem Weltkrieg besonders bekannten Namen „Der tote Mann“. Fragen und Beiträge aus der Versammlung zeigten, daß der Vortragende durch die Kenntnis des Stoffes und die Art der Darstellung die Zuhörer sehr stark für seine Sache gewonnen hatte, und für das Gebiet der Sprachvereinsarbeit war die Fülle der Belegungen und Anregungen außerordentlich wertvoll. Das Merkblatt „Ratsschläge für die Sammlung von Flurnamen“ fand

viele Abnehmer. Wer an der für die Flurnamensammlung wichtigen Arbeit teilnehmen will, kann ein solches Merkblatt und weitere Ratsschläge im Hauptquartier, Dampferstr. 14, I., erhalten. Schriftliche Anfragen und Mitteilungen sind dort hin zu richten. Donnerstag, dem 20. N., spricht Gewerbeschul-lehrer Hörsch über „Neue Wege im deutschen Unterricht“. Ort und Zeit: Große Bräutigasse 2, I. u. II., 8 Uhr.

Prof. Marcel Salzer veranfaßter Donnerstag und Freitag, 3. und 4. Januar, zwei Lustige Abende im Künstlerhaus, die einzigen in diesem Winter. (Karten bei Titmann.)

Sächsische Staatsoper. Opernhaus, Ritterstr. 26. Beginn des 1. Abends mit „Die Entführung aus dem Serail“ um 8 Uhr. 2. Abends mit „Die Entführung aus dem Serail“ um 8 Uhr. Donnerstags, 27. Dezember, 8 Uhr, 10 Uhr, 12 Uhr. Opernhaus, Ritterstr. 26.

Neues Theater. Am 26. Dezember (1. Sonntag) 8 Uhr. 2. Sonntag, 30. Dezember, 8 Uhr, 10 Uhr, 12 Uhr. Am 31. Dezember, 8 Uhr, 10 Uhr, 12 Uhr. Neues Theater, Ritterstr. 26.

Neuzeitliche Schauspielerei. In der am 17. Dezember abend 8 Uhr. Aufführenden Aufführung von Oskar Schlemmer's „Scherenschnitt“ in Berlin. Die „Berliner Zeitung“ schreibt: „Der Herr Schlemmer, der Direktor des Schlemmer-Theaters, hat in der letzten Zeit eine Reihe von neuzeitlichen Aufführungen gegeben, die in der Tat eine neue Ära in der Schauspielerei bedeuten.“

„Der Kunstverein.“ Das 12. Dezemberheft ist von einem Kalligraphen Dr. Wilhelm v. Hübner, dem Leiter des Kunstvereins, eingeleitet. Der Kunstverein hat in der letzten Zeit eine Reihe von neuzeitlichen Aufführungen gegeben, die in der Tat eine neue Ära in der Schauspielerei bedeuten.

der Ingenieur Johannes Frey Köhler, beide in Garcha. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1923 errichtet worden. Die Prokura des Wilhelm Kurt und Johannes Frey Köhler in Garcha ist erloschen; 3. auf Blatt 456, die Firma Schloffer & Tschme in Waldheim betr.: Die Firma ist erloschen; 4. auf Blatt 477, die Firma Mag Hahn in Garcha betr.: Die Prokura des Hermann Paul Tschme Hahn ist erloschen. 7909 Amtsgericht Waldheim, 21. Dezember 1923.

Auf dem die Firma Wagner & Co., Filiale Wurz in Wurz, Zweigniederlassung der in Leipzig unter der Firma Wagner & Co. bestehenden Kommanditgesellschaft, betr.: Blatte 441 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden: In die Gesellschaft ist einmütig als persönlich haftender Gesellschafter der Bankprokurist Ernst Erdmann in Leipzig. Prokura ist erteilt an Adolf Herrmann in Leipzig, Rudolf Weidemann in Zwickau, Willy Hempel in Leipzig und Fritz Steiner in Wurz. Jeder dieser Prokuristen darf die Ge-

ellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten. Weiter wird bekanntgemacht, daß die Einlagen der Kommanditisten erledigt worden sind. 7928 Amtsgericht Wurz, den 21. Dezember 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 124, die Firma Victor Kühner in Gornsdorf betr.: Die Firma ist erloschen;

2. auf Blatt 115, die Firma Anton Thriemer in Gornsdorf betr.: Die Firma lautet künftig: Anton Thriemer, Kommanditgesellschaft. In das Handelsregister sind eingetragen der Erumpffabrikant Emil Willy Thriemer in Gornsdorf, dessen Prokura erloschen ist, als persönlich haftender Gesellschafter und ein Kommanditist. Die bisherige Inhaberin Selma Auguste verm. Thriemer geb. Weibel ist gleichfalls Kommanditistin. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1923 errichtet worden. 7929 Amtsgericht Zwickau, 4. Dezember 1923.

von großer Gewandtheit anschließt. Eine Klasse für sich sind die 2 Gilerls, die im Rahmen eines Güte-Artikels ganz hervorragende Jongleurkünste bieten. Die drei Geschwister Freylich entzünden das Publikum durch feurig vorgetragene Volklieder — und überdies sind es ja Dresden Kinder! Was Wunder, daß der Beifall besonders spontan ist. Wunderbesten tropischer Fruchtsäfte nennt Giersch-Graziella seine Vorführungen. Und in der Tat, wer hätte wohl je in vollendeter Weise die Gelehrigkeit der Papageien und Kakadus bewundern können? Die zwei Perlas zeigen gymnastische Darbietungen von außergewöhnlicher Echtheit und hausenwerter Kostentilgung. Eine lustige Note bringt Eric Kofken mit seinen Imitationen moderner Betriebsgeräusche. Das Non plus ultra der Kabuffkunst ist unstreitig die Aroca-Truppe, equestrientechnische Kabuffkünstler mit unerleichten Leistungen. — So viel wäre über das einfach brillante artistische Programm zu sagen. Direktor Vogel hat aber den Dresdenern noch eine ganz große Weihnachtsgabe gebracht, die einen hohen künstlerischen Charakter trägt: Die russische Tänzerin Claudia Jasschenko und ihre Schule. Diese Künstlerin hat den von ihr kultivierten Tänzen die paradox klingende Bezeichnung eines plastischen Balletts gegeben. Auf die Prinzipien dieser Schule kommen wir noch zurück. Für heute wollen wir nur feststellen, daß die Jasschenko-Schule zwar noch nicht das vollendete Ideal der neuen Kunst ist, aber doch schon mehr ist, als der vielverheißende Anfang dazu! Das Publikum sah sich hier etwas Großem, Neuem, Ungeheuerem gegenüber und konnte deswegen noch nicht zu einem fertigen Urteil gelangen. In dieser Hinsicht hatte es das Ballett Haas-Dehe mit Eric Garden besser, das mit guter Tanzschönheit und mit seinen Darbietungen beim Publikum auf mehr Verständnis rief. Aber alles in allem: ein reißend befriedigender Abend im Centraltheater.

rungen und der Untergrund eine verschimmelte und grobe Ausführung aufweisen. Als ein für jeden Laien sofort erkennbares Zeichen der Fälschung ergibt sich der Umstand, daß die gefälschten Stücke rechts oben eine höhere Zahl als Hunderttausend tragen, während keine Reihe der echten Scheine weiter als 100.000 nummeriert ist. Sollten, was kaum anzunehmen ist, weitere Fälschungen auftauchen, so wird gebeten, jeweils Ermittlung des Täters dem Roten Kreuz, Finanzamt, sachdienliche Mitteilungen zugehen zu lassen.

Aus Sachsen.

Bezirksauschuss.
In der Sitzung des Bezirksauschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Kristadt am Freitag erfolgte die Umstellung der Vergütungssätze auf Goldmark nach den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft unter Zurückverweisung einer Eingabe der Sozialverbände, in der für die ungünstige Lage des Sozialwesens die Vermögenssteuer verantwortlich gemacht und Verabreichung der Rentensteuer und Aufhebung der Tangentensteuer gefordert wird. Für die Entlassung des Bezirksauschusses war maßgebend, daß es nicht die Steuern sind, sondern die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Sozialverbände in höhere Bedingnisse bringen, ganz abgesehen davon, daß für eine Änderung des Steuerfußes der Bezirksauschuss überhaupt nicht zuständig ist. — Die Kosten für die Veranstaltung von 1000 Scheineergänzungen im Jahre 1924 sollen auf die Bezirksämter übernommen werden. — In die Verwaltungsausweise der öffentlichen Arbeitsnachweise Dresden, Freital und Liebertsdorf wurde als Vertreter des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Dresden, Freital und Liebertsdorf der Bürgermeister von Tharandt und Rabensa und der Redaktionsleiter der Gemeindeverwaltung von Liebertsdorf als Vertreter der Gemeindeverwaltung von Liebertsdorf und die Einführung der Feuerungssteuer in Liebertsdorf.

Offene Stellen für Lehrer.

Städt. Lehrstelle an der Volksschule in Borna. Christl. B. Bew. bis 15. Jan. 1924 an den Bezirksamt in Borna (Bez. Leipzig).

Stollberg i. G. Am 17. d. M. ist in Stollberg die Schulzahlkrankheit des Bezirkswohlstandes der Amtshauptmannschaft Stollberg erloschen worden. Die bereits in einigen Schulgemeinden des Bezirks vorgenommenen Unterzählungen haben schlaglichtartig die dringende Notwendigkeit einer geordneten Schulgesundheitspflege bewiesen; besonders sind doch unter 100 unterzählten Kindern im Durchschnitt 94 Kinder, die schlechte Zähne hatten.

Dresden.

* **Verlängerte Weihnachtsferien.** Die Versorgung der sächsischen Schulen mit Heißeisfen beläuft die laufenden Ausgaben der Stadt in ungeheurer Höhe und wird sie vor allem zu einer Zeit noch mehr belasten, zu der die Einnahmen weiter zurückgegangen sein werden, da die Einnahmen mit Heizmaterial nur bis Ende Januar gelangen ist. Zur Erzielung der unbedingt nötigen Ersparnisse hat das Ministerium für Volkserziehung für die sächsischen Volks-, Berufs- und höheren Schulen und die privaten Mädchen- und Knabenschulen auf Antrag des Bezirksamtes die Weihnachtsferien bis einschließlich 12. Januar 1924 verlängert. Das Kultusministerium hat das gleiche für die Gewerkschule und Mädchen-Gewerbe- und Handelsschule genehmigt. Wegen Aufrechterhaltung der Kinderheisung und des Betriebes der Wärmestuben in der kaltesten Woche ist das Erforderliche eingeleitet worden.

* **Die sächsischen Volkshäuser** werden Montag, 31. Dezember (Silvester) von früh 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr offengehalten.

* **Hundeperr.** In einem in Stadtgebiete ausgeführten hundertlosen Hunde ist bei der Section in der Städtischen Veterinär-Polizei-Untersuchungsanstalt Tollmut festgestellt worden. Da der Hund frei umhergelaufen ist, wird gemäß den Vorschriften des Reichstierseuchengesetzes für den Stadtbezirk Dresden die Hundeperr bis mit 17. März 1924 mit der Maßgabe verfügt, daß von heute an sämtliche Hunde an solchen Orten festzulegen oder sicher

einzusperren sind, die fremden Hunden nicht zugänglich sind. — Der Festlegung gleichgültig ist das Führen der mit einem scheinbaren Wauflorbe versehenen Hunde an der Leine. Das Mitbringen von Hunden in Schaufenster und Wirtschaftsräumen ist unbedingt verboten und wird ebenso bestraft, wie das freie Umherlaufen der Hunde. Auch die Wirte, die das Beweisen von Hunden in ihren Wirtschaften und Wirtschaftsräumen dulden, sind strafbar.

* **Zenden.** Oberbürgermeister Müller sind überwiesen worden für allgemeine Unterhaltungsarbeiten: Vom Hülfswort Deutscher Reichsanzeiger Prag 300 Kronen; von Willy Bonde 4 Sad Wehl, 1 Kiste Schokolade, 4 Sad Haselnüsse; von W. Abramowich 300 Millionen M.; von Generalmajor Müller 2100 Goldmark; von 10.000 Zigaretten; vom Arbeiterjugendverein Vorwärts E. Louis 10 Dollar; von B. Köhlig 25 Goldmark; von der Dresdner Milchversorgungsgesellschaft H. M. 500 Guldene für je 1/2 Liter Vollmilch; vom Verband der Bauvereine von Dresden und Umgebung 30 Millionen M.; für die Kinderheilanstalt: von M. Brand, Bukarest, 5 Dollar; von E. Wolf, Bukarest, 10 Schweiz. Franken.

* **Das Centraltheater-Variete** hatte gestern einen ganz großen Tag. Der neue Direktor Adolf Vogel hat sich in vorzüglicher Weise eingefügt. Schon die erste Programmnummer ist eine höchst interessante Arbeit: Lydia Dias, die Tanzkünstlerin. Dann kommen die 2 Dorellis, ein komischer Balance-Akt, denen sich Dick Douglas, ein amerikanischer Step-Tänzer

Volkswirtschaft und Handel.

Der Großhandelsindex.
In der abgelaufenen Berichtswochen (beginnend mit Sonnabend, dem 15. Dezember und endend mit Freitag, dem 21. Dezember) hat der Großhandelsindex (Goldmarkindex) der Industrie und Handelsleistung eine Senkung von 143,19 auf 139,17 erfahren. In der gleichen Zeit blieb der Außenwert der Waer, gemessen am Dollar, dessen amtlicher Mittelkurs in Berlin sich auf 4,2 Milliarden hielt, unverändert. Der Umwertungsfaktor der Waer (Dollars-Goldmark 4,198 Waer = 1 Dollar) stellte sich entsprechend auf 1000,5 Milliarden. Infolge dieser Wertschwächung wickeln sich die prozentualen Bewegungen der Goldmark- und Papierziffern auch in dieser Woche.

* **Die Lebenshaltungskosten.** In der dritten Dezemberwoche (beginnend mit dem 15. und endend mit dem 21. Dezember) hat sich eine weitere Abnahme der Lebenshaltungskosten um 7 % vollzogen. Der Lebenshaltungskostenindex der Industrie und Handelsleistung ging von dem 1879,6 Milliardenfachen (fortschrittliche Ziffer) auf das 1283,0 milliardenfache zurück. Die Erhaltungskosten erhöhen die noch stärkere Senkung um 10,6%, ihre Preissteigerung zeigt die Abnahme von 1897,1 auf 1696,3 Milliarden. Während die Preissteigerung mit einer geringfügigen Abnahme fast unverändert lagen, weist der Index der Heizungs- und Beleuchtungskosten auf Grund von Preissteigerungen beim Brennholz und bei Petroleum den Rückgang um 4,2 % von dem 1767,9 auf den 1683,6 milliardenfachen Wert zurück.

* **Unveränderter Silberausfuhrpreis.** Der Anlauf von Reichsübertragungen durch die Reichsbank erfolgt vom 24. Dezember an zum 400 milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

* **Papiernotgeld als Sammelobjekt.** Die aus dem Vertriebe zurückgezogenen Papiernotgeldscheine, die das Reichamt für die Währungsangelegenheiten in Leipzig mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums zur veranschaulichten Darstellung herausgegeben hatte, sind ein beliebtes Sammelobjekt geworden. Bekanntlich tragen die vier verschiedenen Scheine wohlgezeichnete Reproduktionen von Lithographien des Leipziger Künstlers Erich Bruner, die sich auf die Wäse beziehen. Um der Nachfrage entgegenzukommen, ist der Verkauf dem Internationalen Verkehrsbüro G. m. b. H. übertragen worden. Schriftliche Bestellungen sind zu richten an das Internationale Verkehrsbüro G. m. b. H. (Ertelnummer 50750), Markt 4. Preis einer Serie von 4 Stück 50 Pfennige.

unter folgenden Bedingungen zur Beförderung angenommen werden:

a) Jeder Sendung ist ein deutscher Frachtbrief mitzugeben, der als Bestimmungsort den Tarifübergangspunkt enthält. In der Frachtbriefspalte 'Vorgeschriebene oder zulässige Erklärungen' oder unter 'Bestimmungsort' ist die Weiterbeförderung im Regiebetrieb nach der endgültigen Bestimmungsort vorzutragen.

Beispiel: Bestimmungsort: Dresden; Zur Weiterbeförderung im Regiebetrieb nach Gelsenkirchen GbJ.

Die gleiche Aufschrift muß der Wagen- oder Stückgutbeförderung beifügen.

b) Die Frucht und alle sonst etwa entstehenden Gebühren für die Beförderung bis zum Tarifübergangspunkt sind im voraus zu bezahlen.

c) Nachnahmebestellung, Angabe des Interesses an der Beförderung und nachträgliche Verzögerungen des Absenders sind ausgeschlossen.

d) Die Vorschriften des Absenders, die Güter auf der Tarifübergangsstation nachzusortieren oder nachzuwagen, ist nicht zulässig.

e) Bei nach dem installierten Posttarif kollisionsfähigen Gütern ist in den Frachtbrief der Vermerk einzutragen: 'Nach R. . . . des installierten Posttarifs vom März 1923 gültig' oder bei Lebensmitteln: 'Als Lebensmittel gelistet'.

Bei kollisionsfähigen Gütern muß die Einfuhrbewilligung der installierten Zollbehörde dem Frachtbrief angeheftet sein.

f) Die Weiterbeförderung von Sendungen von den im Reichsbahnbetrieb befindlichen Tarifübergangspunkten auf späteren Antrag des Absenders oder Empfängers ist nicht zugelassen.

2. Reisegepäck und Gepäckgut wird nur bis zu den Tarifübergangspunkten angenommen.

3. Für Sendungen nach dem Ausland über Strecken des Regiebetriebes gelten ferner die obigen Bestimmungen.

4. Sendungen von den Stationen im Regiebetrieb nach den Stationen im Reichsbahnbetrieb werden von der Regie mit deutschem Frachtbrief für die im Reichsbahnbetrieb befindliche Strecke übergeben. Die Frucht für die Strecke des Reichsbahnbetriebes wird in Überweisung vom Empfänger erhoben.

Nähere Auskunft über den gesamten Güterverkehr nach dem besetzten Gebiet erteilen die Güterabfertigungen.

* **Sächsische Zollvereine zu Schapanverlegungen des Deutschen Reichs** (sogenannte Goldanleihe) zum Nennwert von 2,10 M. Gold = 1/2 Dollar zum 23. Oktober 1923. Von den durch die Reichsbank ausgegebenen vorbezeichneten Zwischenanleihen, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in dem im Papierstoff eingebetteten Pflanzenstoff tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Schutzmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenstoff —, sowie an der schlechten Druckausführung unklar zu erkennen sind. Wichtigste sind nachstehend aufgeführt, gemacht, daß die Reichsbank nur Zwischenanleihen im Nennwert von 0,42 M. Gold = 1/4 Dollar, 1,06 M. Gold = 1/2 Dollar und 2,10 M. Gold = 1 Dollar ausgegeben hat. Alle über höhere Beträge lautenden Zwischenanleihen sind als Fälschungen anzusehen. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt.

* **Die Rentenmarkt in der Schweiz.** Zu der Notierung der Rentenmarkt in der Schweiz teilt die deutsche Rentenbank schweizerischen Blättern mit: In einigen deutschen Blättern sind in den letzten Tagen Meldungen aus Zürich erschienen, wonach die Rentenmarkt dort mit 1,10 Franken, also unter Anrechnung des gegenwärtigen Standes des Schweizer Franken mit rund 79 Goldpfennigen gehandelt wurde, was einer Diskonanz von 21 % gleichkäme. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß am 14. Dezember in Zürich telegraphische Kaufaufträge für die Rentenmarkt für 1,15 bis 1,20 unanführbar waren. Es wurden vielmehr freibleibend für kleinere Mengen Kurse von 1,30 bis 1,45 genannt. Daraus ergibt sich, daß die Rentenmarkt tatsächlich in Zürich zum vollen Goldwert, ja sogar darüber hinaus, gehandelt wird.

* **Ein österreichisches Großkraftwerk.** Die Gemeinde Innsbruck hat den Ausbau des Kogenwerkes beschlossen. Die Finanzierung dieses Großkraftwerkes, das auf 100.000 PS Schließung angelegt wird, erfolgt durch zwei Gruppen, und zwar durch die Österreichische Bodenreformbank, die Österreichische Kreditanstalt, die Schweizer Elektrizität und die Tiroler Hauptbank einerseits und die Niederösterreichische Elektrizitätsgesellschaft und die Tiroler Landesbank andererseits.

* **Die amerikanische Baumwollware dieses Jahres** wird vom Manchester Guardian Commercial 'endgültig' mit 10 Millionen Ballen bestimmt. Dazu kommt noch die vom Vertriebe herübergebrachte Menge von 2 1/2 Millionen Ballen, was zusammen nicht einmal die im Vertriebe verbrauchte Menge entspricht. Die Baumwollware hat bereits in den Zentren von Lancashire und anderwärts größere Beunruhigung hervorgerufen und natürlich Einfluß auf die Preisentwicklung der letzten Zeit gehabt.

* **Der englische Außenhandel.** Die Einfuhr von Waren in England belief sich auf 101,58 (95,6), die Ausfuhr britischer Waren auf 65,77 (68,49), die Wiederzufuhr auf 10,17 (9,15) Mill. Pfund Sterl. Im Zeitraum Januar bis November betrug die Einfuhr 988,84 (908,56), die britische Ausfuhr 703,21 (661,61), die Wiederzufuhr 108,18 (95,30) Mill. Pfund Sterl. Gegenüber Oktober hat die Einfuhr etwas zugenommen (von 99,9 auf 101,6), die Ausfuhr dagegen abgenommen, und zwar die britische von 71,3 auf 65,8 und die Wiederzufuhr von 11,1 auf 10,1. Eine Abnahme zeigen vor allem Rohle, Baumwollwaren, Holzwaren, Chemikalien, Kleidung. Die Kohlenzufuhr ging von 7,4 auf 6,7 Mill. Tonnen zurück, die Zufuhr von Baumwollstoffen von 371,3 auf 343,6 Mill. Square Yards. Andererseits ist die Eisen- und Stahlzufuhr weiter gegangen (von 388,6 auf 394,9 Mill. Tonnen).

Bericht über die Warenpreise im Großhandel in der sächsischen Großmarkthalle zu Dresden am 21. Dezember 1923.
Marktlage: Preise: Ausnahmestück etwas niedriger, sonst gegen die Vormache wenig verändert. Zufuhr: Alle Waren ausreichend vorhanden. Geschäftsgang: Leb., geschlachtete Wäse sowie Fischwaren lebhaft, Obst und Getreiden langsam, Kartoffeln ruhig. — Preise in Goldmark.
Speck, geträuchelt, 50 kg, 100—120 M., Schmelzschmalz, 50 kg, 90—95 M., Rohschmalz im Feld, 1/2 kg, 0,90—0,90 M., Rohschmalz im Feld, 1/2 kg, 0,90 bis 1,20 M., Gänse im Feld, 1 Stück, 4—7,50 M., Gänse, 1/2 kg, 1,50—2 M., Hühner, 1/2 kg, 1 bis 1,20 M., Tauben, 1 Stück, 0,50—1 M., Goidard, 50 kg, 25 M., Rohschmalz, 50 kg, 25 M., Quindlinge, 1 Kiste, 4—4,20 M., Erdnüsse, 1 Kiste = 1 1/2 kg, 2,50—3,50 M., 1 Kiste = 2 1/2 kg, 4—5 M., Rohschmalz, 1 Kiste = 2 kg, 17—20 M., Hefe, 1/2 kg, 1,50—4 M., Gerlinge, geträuchelt, 100 Stück, 19 bis 30 M., Rohschmalz, 1 Kiste, 25—75 M., Gerlinge in Geler, 1 Kiste = 4 l, 4—5 M., Sardellen, 1 Kiste, 40—45 M., Barharmer, 1 Kiste = 4 l, 3—4 M., Russische Erdnüsse, 1 Kiste = 4 l, 5—6 M., Erdnüsse, 1 Kiste, 0,50—3 M., Rohschmalz 1 Kiste = 4 l, 3—4 M., Rohschmalz, 50 kg, 280—320 M., Schweizer Käse, 50 kg, 200 bis 300 M., Rohschmalz, 50 kg, 90—110 M., Thüringer Stangen, 60 Stück, 2,50—3 M., Sauerbrot, 1 Kiste = 60/70 Stück, 2—2,50 M., Gänsebrett, 1 Kiste 50 Stück, 8—12,50 M., Brombeere, 1 Kiste, 1/2 kg, 1,40 M., Pfeffer, 1/2 kg, 1,50 bis 2 M., Gänse, 1/2 kg, 1,50—2,50 M., Margarine, 50 kg, 58—70 M., Vanille, 60 Stück, 13—14 M., Apfel, 100 kg, 50—60 M., Birnen 50 kg, 20—40 M., Rohschmalz 50 kg, 100—120 M., Goidard, 50 kg, 80—100 M., Rohschmalz 100 Stück, 70—100 M., Apfelsinen, italienische (Kiste 160/360) 21—24 M., Apfelsinen, spanische (Kiste 360/504) 32—38 M., Zitronen (Kiste 300er) 20—25 M., Johannisbrot 50 kg 50 M., Erdnüsse 50 kg 100 M., Feigen 50 kg 60—70 M., Pfäumen (1 Kiste etwa 25 kg) 20—22 M., Wildobst (1 Kiste etwa 11 kg) 14—15 M., Narmelade 50 kg 55 bis 90 M., Blumenkohl, ausländischer (1 Etage 15 Stück) 7 M., Rosenkohl 50 kg 55—60 M., Rohschmalz, holländisches, 50 kg 8 M., Weichschmalz (Stück) 50 kg 6—7 M., Weichschmalz 50 kg 5—6 M., Rohschmalz 50 kg 8—10 M., Spinal 50 kg 30—40 M., Rohschmalz 1/2 kg 20—25 Pf., Rohschmalz 50 kg 4—8 M., Rote Rüben (60 Stück) 8—10 M., Rohschmalz 50 kg 6—8 M., Sellerie 50 kg 10—15 M., Schwarzwurzel 1/2 kg 30 Pf., Borre 1/2 kg 10—15 Pf., Petersilie (60 Bündel) 0,80—1 M., Meerrettich 1/2 kg 40 Pf., Kopfsalat, hiesiger, 60 Stück 3—6 M., Endivien, hiesige, 60 Stück 3—4 M., Zwiebeln, hiesige 50 kg 14—25 M., Kartoffeln, hiesige, 50 kg 3,80—4 M., Sauerkraut 50 kg 10—12 M., Gurken, saure, 60 Stück 8—12 M., Pfefferkörner 60 Stück 14 M., Senfgurken 50 kg 80 M. — Für bessere Qualitäten Ausnahmepreise über Notiz.

Eisenbahngüterverkehr zwischen Reichsbahn und Regie.

Wie in den Verhandlungsmittelschriften hervorgehoben ist, hat die Reichsbahn die Regie nicht als jure anerkannt. Man hat sich aus dem Zwang der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nur zur Schaffung einesmodus vivendi verstanden. Die Sperren des Güterverkehrs nach dem besetzten Gebiet sind bis auf einzelne Oertlichkeiten, die wegen besonderer Verhältnisse beibehalten werden müssen, aufgehoben worden.

1. Eisgut, Frachtgut und Tiere dürfen nunmehr nach den Stationen im Regiebetrieb

unter folgenden Bedingungen zur Beförderung angenommen werden:

a) Jeder Sendung ist ein deutscher Frachtbrief mitzugeben, der als Bestimmungsort den Tarifübergangspunkt enthält. In der Frachtbriefspalte 'Vorgeschriebene oder zulässige Erklärungen' oder unter 'Bestimmungsort' ist die Weiterbeförderung im Regiebetrieb nach der endgültigen Bestimmungsort vorzutragen.

Beispiel: Bestimmungsort: Dresden; Zur Weiterbeförderung im Regiebetrieb nach Gelsenkirchen GbJ.

Die gleiche Aufschrift muß der Wagen- oder Stückgutbeförderung beifügen.

b) Die Frucht und alle sonst etwa entstehenden Gebühren für die Beförderung bis zum Tarifübergangspunkt sind im voraus zu bezahlen.

c) Nachnahmebestellung, Angabe des Interesses an der Beförderung und nachträgliche Verzögerungen des Absenders sind ausgeschlossen.

d) Die Vorschriften des Absenders, die Güter auf der Tarifübergangsstation nachzusortieren oder nachzuwagen, ist nicht zulässig.

e) Bei nach dem installierten Posttarif kollisionsfähigen Gütern ist in den Frachtbrief der Vermerk einzutragen: 'Nach R. . . . des installierten Posttarifs vom März 1923 gültig' oder bei Lebensmitteln: 'Als Lebensmittel gelistet'.

Bei kollisionsfähigen Gütern muß die Einfuhrbewilligung der installierten Zollbehörde dem Frachtbrief angeheftet sein.

f) Die Weiterbeförderung von Sendungen von den im Reichsbahnbetrieb befindlichen Tarifübergangspunkten auf späteren Antrag des Absenders oder Empfängers ist nicht zugelassen.

2. Reisegepäck und Gepäckgut wird nur bis zu den Tarifübergangspunkten angenommen.

3. Für Sendungen nach dem Ausland über Strecken des Regiebetriebes gelten ferner die obigen Bestimmungen.

4. Sendungen von den Stationen im Regiebetrieb nach den Stationen im Reichsbahnbetrieb werden von der Regie mit deutschem Frachtbrief für die im Reichsbahnbetrieb befindliche Strecke übergeben. Die Frucht für die Strecke des Reichsbahnbetriebes wird in Überweisung vom Empfänger erhoben.

Nähere Auskunft über den gesamten Güterverkehr nach dem besetzten Gebiet erteilen die Güterabfertigungen.

* **Sächsische Zollvereine zu Schapanverlegungen des Deutschen Reichs** (sogenannte Goldanleihe) zum Nennwert von 2,10 M. Gold = 1/2 Dollar zum 23. Oktober 1923. Von den durch die Reichsbank ausgegebenen vorbezeichneten Zwischenanleihen, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in dem im Papierstoff eingebetteten Pflanzenstoff tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Schutzmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenstoff —, sowie an der schlechten Druckausführung unklar zu erkennen sind. Wichtigste sind nachstehend aufgeführt, gemacht, daß die Reichsbank nur Zwischenanleihen im Nennwert von 0,42 M. Gold = 1/4 Dollar, 1,06 M. Gold = 1/2 Dollar und 2,10 M. Gold = 1 Dollar ausgegeben hat. Alle über höhere Beträge lautenden Zwischenanleihen sind als Fälschungen anzusehen. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt.

* **Die Rentenmarkt in der Schweiz.** Zu der Notierung der Rentenmarkt in der Schweiz teilt die deutsche Rentenbank schweizerischen Blättern mit: In einigen deutschen Blättern sind in den letzten Tagen Meldungen aus Zürich erschienen, wonach die Rentenmarkt dort mit 1,10 Franken, also unter Anrechnung des gegenwärtigen Standes des Schweizer Franken mit rund 79 Goldpfennigen gehandelt wurde, was einer Diskonanz von 21 % gleichkäme. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß am 14. Dezember in Zürich telegraphische Kaufaufträge für die Rentenmarkt für 1,15 bis 1,20 unanführbar waren. Es wurden vielmehr freibleibend für kleinere Mengen Kurse von 1,30 bis 1,45 genannt. Daraus ergibt sich, daß die Rentenmarkt tatsächlich in Zürich zum vollen Goldwert, ja sogar darüber hinaus, gehandelt wird.

* **Ein österreichisches Großkraftwerk.** Die Gemeinde Innsbruck hat den Ausbau des Kogenwerkes beschlossen. Die Finanzierung dieses Großkraftwerkes, das auf 100.000 PS Schließung angelegt wird, erfolgt durch zwei Gruppen, und zwar durch die Österreichische Bodenreformbank, die Österreichische Kreditanstalt, die Schweizer Elektrizität und die Tiroler Hauptbank einerseits und die Niederösterreichische Elektrizitätsgesellschaft und die Tiroler Landesbank andererseits.

* **Die amerikanische Baumwollware dieses Jahres** wird vom Manchester Guardian Commercial 'endgültig' mit 10 Millionen Ballen bestimmt. Dazu kommt noch die vom Vertriebe herübergebrachte Menge von 2 1/2 Millionen Ballen, was zusammen nicht einmal die im Vertriebe verbrauchte Menge entspricht. Die Baumwollware hat bereits in den Zentren von Lancashire und anderwärts größere Beunruhigung hervorgerufen und natürlich Einfluß auf die Preisentwicklung der letzten Zeit gehabt.

* **Der englische Außenhandel.** Die Einfuhr von Waren in England belief sich auf 101,58 (95,6), die Ausfuhr britischer Waren auf 65,77 (68,49), die Wiederzufuhr auf 10,17 (9,15) Mill. Pfund Sterl. Im Zeitraum Januar bis November betrug die Einfuhr 988,84 (908,56), die britische Ausfuhr 703,21 (661,61), die Wiederzufuhr 108,18 (95,30) Mill. Pfund Sterl. Gegenüber Oktober hat die Einfuhr etwas zugenommen (von 99,9 auf 101,6), die Ausfuhr dagegen abgenommen, und zwar die britische von 71,3 auf 65,8 und die Wiederzufuhr von 11,1 auf 10,1. Eine Abnahme zeigen vor allem Rohle, Baumwollwaren, Holzwaren, Chemikalien, Kleidung. Die Kohlenzufuhr ging von 7,4 auf 6,7 Mill. Tonnen zurück, die Zufuhr von Baumwollstoffen von 371,3 auf 343,6 Mill. Square Yards. Andererseits ist die Eisen- und Stahlzufuhr weiter gegangen (von 388,6 auf 394,9 Mill. Tonnen).

Bericht über die Warenpreise im Großhandel in der sächsischen Großmarkthalle zu Dresden am 21. Dezember 1923.
Marktlage: Preise: Ausnahmestück etwas niedriger, sonst gegen die Vormache wenig verändert. Zufuhr: Alle Waren ausreichend vorhanden. Geschäftsgang: Leb., geschlachtete Wäse sowie Fischwaren lebhaft, Obst und Getreiden langsam, Kartoffeln ruhig. — Preise in Goldmark.
Speck, geträuchelt, 50 kg, 100—120 M., Schmelzschmalz, 50 kg, 90—95 M., Rohschmalz im Feld, 1/2 kg, 0,90—0,90 M., Rohschmalz im Feld, 1/2 kg, 0,90 bis 1,20 M., Gänse im Feld, 1 Stück, 4—7,50 M., Gänse, 1/2 kg, 1,50—2 M., Hühner, 1/2 kg, 1 bis 1,20 M., Tauben, 1 Stück, 0,50—1 M., Goidard, 50 kg, 25 M., Rohschmalz, 50 kg, 25 M., Quindlinge, 1 Kiste, 4—4,20 M., Erdnüsse, 1 Kiste = 1 1/2 kg, 2,50—3,50 M., 1 Kiste = 2 1/2 kg, 4—5 M., Rohschmalz, 1 Kiste = 2 kg, 17—20 M., Hefe, 1/2 kg, 1,50—4 M., Gerlinge, geträuchelt, 100 Stück, 19 bis 30 M., Rohschmalz, 1 Kiste, 25—75 M., Gerlinge in Geler, 1 Kiste = 4 l, 4—5 M., Sardellen, 1 Kiste, 40—45 M., Barharmer, 1 Kiste = 4 l, 3—4 M., Russische Erdnüsse, 1 Kiste = 4 l, 5—6 M., Erdnüsse, 1 Kiste, 0,50—3 M., Rohschmalz 1 Kiste = 4 l, 3—4 M., Rohschmalz, 50 kg, 280—320 M., Schweizer Käse, 50 kg, 200 bis 300 M., Rohschmalz, 50 kg, 90—110 M., Thüringer Stangen, 60 Stück, 2,50—3 M., Sauerbrot, 1 Kiste = 60/70 Stück, 2—2,50 M., Gänsebrett, 1 Kiste 50 Stück, 8—12,50 M., Brombeere, 1 Kiste, 1/2 kg, 1,40 M., Pfeffer, 1/2 kg, 1,50 bis 2 M., Gänse, 1/2 kg, 1,50—2,50 M., Margarine, 50 kg, 58—70 M., Vanille, 60 Stück, 13—14 M., Apfel, 100 kg, 50—60 M., Birnen 50 kg, 20—40 M., Rohschmalz 50 kg, 100—120 M., Goidard, 50 kg, 80—100 M., Rohschmalz 100 Stück, 70—100 M., Apfelsinen, italienische (Kiste 160/360) 21—24 M., Apfelsinen, spanische (Kiste 360/504) 32—38 M., Zitronen (Kiste 300er) 20—25 M., Johannisbrot 50 kg 50 M., Erdnüsse 50 kg 100 M., Feigen 50 kg 60—70 M., Pfäumen (1 Kiste etwa 25 kg) 20—22 M., Wildobst (1 Kiste etwa 11 kg) 14—15 M., Narmelade 50 kg 55 bis 90 M., Blumenkohl, ausländischer (1 Etage 15 Stück) 7 M., Rosenkohl 50 kg 55—60 M., Rohschmalz, holländisches, 50 kg 8 M., Weichschmalz (Stück) 50 kg 6—7 M., Weichschmalz 50 kg 5—6 M., Rohschmalz 50 kg 8—10 M., Spinal 50 kg 30—40 M., Rohschmalz 1/2 kg 20—25 Pf., Rohschmalz 50 kg 4—8 M., Rote Rüben (60 Stück) 8—10 M., Rohschmalz 50 kg 6—8 M., Sellerie 50 kg 10—15 M., Schwarzwurzel 1/2 kg 30 Pf., Borre 1/2 kg 10—15 Pf., Petersilie (60 Bündel) 0,80—1 M., Meerrettich 1/2 kg 40 Pf., Kopfsalat, hiesiger, 60 Stück 3—6 M., Endivien, hiesige, 60 Stück 3—4 M., Zwiebeln, hiesige 50 kg 14—25 M., Kartoffeln, hiesige, 50 kg 3,80—4 M., Sauerkraut 50 kg 10—12 M., Gurken, saure, 60 Stück 8—12 M., Pfefferkörner 60 Stück 14 M., Senfgurken 50 kg 80 M. — Für bessere Qualitäten Ausnahmepreise über Notiz.

Neubauarbeiten zu Leipzig, den 22. Dezember 1923.
Heizen, 100—150. Markt, Wägen 100—150. Markt.
Gemeindepreise 150—160. Markt. Winterpreise 140 bis 150. Markt. Geler 100—150. Markt. Wägen 100—150. Markt.
Wäse für je 50 kg.

Wartensuchen. Aus den Kreisen der Bürgerschaft heraus sind neuerdings vielfach Klagen laut geworden über die Höhe des Gaspreises, der mit 35 Goldpfennig je Kubikmeter weit über dem anderen Städte von der Größe Rathenunschens steht. Dazu wird auch die Beschaffenheit des Gases bemängelt und verlangt, daß von sachverständiger Seite Prüfungen angefertigt werden, ob es nicht möglich ist, der Stadt und ihren Bewohnern aus dem Betriebe der Gasanstalt größere Vorteile zu sichern, als sie jetzt daraus ziehen.

Lugau. Eine stark besuchte Konferenz der im Bergbau tätigen Betriebsleute und Vertrauensleute hat fast einstimmig beschlossen, auf den Gruben des Lugau-Oelschlagener Reviers wieder acht Stunden unter Tage zu arbeiten. Für die Tagearbeiter soll die Arbeitszeit noch geregelt werden. Das neue Arbeitszeitabkommen läuft bis 30. April 1924.

Stollberg i. G. Ein großes Hilfswerk zugunsten armer Kinder hat die Lehrerschaft der Bürgerschule veranstaltet. Der Erfolg war stark, denn es sind eingegangen: 500 Millionen Geld, 240 Paar Schuhe, sowie 430 Stück Kleidungsstücke für Knaben und Mädchen und ein großer Haufen Strümpfe. Außerdem sind noch viele Lebensmittel gespendet worden, so daß die Kinder in der Schule Frühstück erhalten können.

Löbau. In der letzten Stadigemeinderatsitzung wurde u. a. mitgeteilt, daß das Ministerium empfiehlt, die Sparkassenguthaben nicht mehr zu verzinsen, da die ungeheure Arbeit in keinem Verhältnis zu ihrem Erfolg stehe. Es wurde auf Vorschlag des Sparkassenausschusses hin beschlossen, daß man die kleinen Sparer nicht hinausdrängen und auch nur die Zuschreibung der Zinsen für 1923 aussetzen solle. Die Konten bleiben jedoch erhalten für den Fall einer Aufwertung.

Chöy. Vor Weihnachten soll aus sächsischen Verhältnissen an die Erwerbslosen, die Ortstarmer und diejenigen Klein- und Sozialrentner, die nicht aus der Reichskasse, „Koll in Koll“ jetzt erhalten, je 1/2 Zentner Braunkohle unentgeltlich abgegeben werden.

Grambau. Gemeindevorstand Schulze ist vom 1. Januar 1925 ab auf weitere 6 Jahre einstimmig wiedergewählt worden.

Sächsischer Lebenshaltungsinde. (Mitteltung des Statistischen Landesamts.)

Nach den Preisfeststellungen vom 22. Dezember 1923 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes für den Lebenshaltungsinde (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamteinde (für Ernährung, Heizung, Bekleidung, Wohnung und Bekleidung) 1182 Milliarden. Gesamteinde ohne Bekleidung 1130 Milliarden. Am 17. Dezember 1923 betrug der Gesamteinde mit Bekleidungsstoffen 1215 Milliarden und ohne Bekleidungsstoffen 1169 Milliarden. Vom 17. bis 22. Dezember sind mithin die Preise der bei der Preisermittlung berücksichtigten Güter um 2,7 bez. 3,3 v. H. gefallen.

Invalidenversicherung.

Goldbeiträge und Goldrenten vom 31. Dezember 1923 ab.

Durch eine neue Verordnung hat das Reichsarbeitsministerium die Wochenbeiträge in den einzelnen Lohnklassen mit Wirkung vom 31. Dezember 1923 ab und die Rentenleistungen vom Monat Januar ab in Goldmark festgesetzt (siehe Bekanntmachung in der heutigen Nummer).

Die Arbeitgeber, die nach dem seit dem 3. Dezember auch in Sachsen eingeführten Beitragsverfahren die Lohnklassen zu führen und den Marxenanlauf selbst vorzunehmen haben, werden auf die Notwendigkeit der rechtzeitigen Beschaffung der Marken aufmerksam gemacht. Etwa zuviel gekaufte und nicht verwendbare Marken werden bis zum 31. März 1924 bei den Postämtern, Überdruckmarken jedoch nur bei den Markenverkaufsstellen der Landesversicherungsanstalt umgetauscht.

Die Invaliden- und Altersrenten betragen ab Januar 1924 monatlich 13 M., Witwenrenten 9 M. und Waisrenten 7 M. Der Kinderzuschuß 3 M. pro Kind. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen hat zurzeit rund 250 000 Rentenempfänger. Der monatliche Rentenbetrag wird auf rund 2 200 000 M. veranschlagt. Das Vermögen, aus dem die Renten früher beinahe vollständig werden konnten, ist ein Opfer der Inflation geworden, so daß diese erheblichen Rentennummern aus den laufenden Einnahmen genommen werden müssen, aus denen aber auch noch die recht beträchtlichen Summen für das Zulagen- und sonstige Verfahren aufgebracht werden müssen. Es muß deshalb auf pünktliche und dem tatsächlichen Verdienst entsprechende Beitragszahlung der größte Wert gelegt werden. Die Landesversicherungsanstalt hat die notwendigen Kontrolleinrichtungen getroffen. Rentenbeiträge für rückliegende Zeiten, deren Auszahlung infolge der Geldentwertung mehr ausfallen als ihre Höhe beträgt, verursachen würden, werden nicht mehr ausgezahlt. Von einer Benachteiligung der Empfänger wird aus Ersparnisgründen abgesehen.

Land- u. Forstwirtschaft.

Landeskulturrat.

In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrats wurden u. a. folgende Gegenstände beraten bzw. Beschlüsse gefaßt: Zur Deduktion des außerordentlich großen Finanzbedarfs des Reiches ist auf dem Wege des Erlasses von Steuermodifikationen eine vollständige Neuordnung der Reichsteuern (Vermögenssteuer, Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Erbschaftsteuer, Kapitalertragsteuer) in Aussicht genommen. Diese neuen Steuern werden in ihrer Gesamtheit nach Ansicht des Ausschusses eine auf die Dauer nicht tragbare Belastung der Landwirtschaft bedeuten, da sie bei weitem nicht aus den laufenden Einnahmen des Betriebes sondern nur durch fortgesetzt steigende Eingriffe in die Substanz selbst bestritten werden könnten. Der Landeskulturrat wird deshalb bei dem Deutschen Landwirtschaftsrat um Inzede der Vertretung bei dem Reichsfinanzministerium den ausdrücklich begünstigten Antrag stellen, daß im Interesse der Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft das

ganze jetzige Steuersystem einer baldigen gründlichen Änderung unterzogen und vor allem Dingen bei der Bemessung der Vermögenssteuer der Wehrbeitragswert, der für Sachsen unermäßig hoch sei, auf dem Wege der Revision herabgesetzt wird.

Weiterhin hat der Landeskulturrat gegen die Sätze, mit denen die sächsischen Gewerbe- und Grundsteuern auf den Goldwert umgestellt werden sollen, Einspruch erhoben und eine wesentliche Herabsetzung dieser Sätze gefordert.

Nach einem Vorschlage des Wirtschaftsministeriums sollen zur Ausbringung der Unterhaltungskosten für das Landkassallat die Deduktionsätze für das nächste Jahr auf 40 Goldmark für eingetragene Steuern und 50 Goldmark für nicht eingetragene Steuern festgesetzt werden. Der Landeskulturrat wird gegen diese Sätze Einspruch erheben mit der Begründung, daß solche hohen Sätze unvereinbar mit dem staatlichen und privatwirtschaftlichen Interesse an der Landesverteidigung seien.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. November 1923.

Aktiva: 1. Metallbestand (Bestand an kurländigen deutschen Gold und Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm Feingold zu 2784 M. berechnet) 5 562 229 000 M., Abn. 7 983 000 M., darunter Gold 467 025 000 M. unverändert, und zwar Goldbarrenbestände 456 713 000 M. unverändert, Goldbeipol (unbefaßt) bei ausländischen Zentralnotenbanken 11 312 000 M. unverändert. 2. Bestand an Reichs- und Darlehnskassenscheinen 5 017 735 990 605 840 000 M., Zunahme 3 021 470 999 424 865 000 M. 3. Bestand an Noten und Banknoten 10 285 942 733 509 000 M., Zunahme 8 397 700 239 478 000 M. 4. Bestand an Wechseln und Schecks 144 064 004 362 258 754 000 M., Zunahme 104 634 427 108 490 338 000 M. 5. Bestand an diskontierten Reichsschatanweisungen 161 045 433 864 266 733 000 M., Zun. 28 756 034 323 148 569 000 M. 6. Bestand an Lombardforderungen 2 805 104 445 432 319 000 M., Jun. 1 769 389 808 895 800 M. 7. Bestand an Effekten 2 211 626 475 154 778 000 M., Zunahme 1 681 368 989 326 778 000 M. 8. Bestand an sonstigen Mitteln 274 758 636 738 226 457 000 M., Zunahme 255 966 146 023 793 314 000 M. — Passiva: 9. Grundkapital 189 000 000 M. unverändert. 10. Reservefonds 160 502 000 M. unverändert. 11. Beitrag der umlaufenden Noten 223 927 315 083 899 880 000 M., Jun. 131 082 594 340 869 067 000 M. 12. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten a) Reichs- und Staatsguthaben 127 870 923 645 171 699 000 M., Zunahme 55 413 693 132 433 460 000 M., b) Privatguthaben 195 796 628 653 993 166 000 M., Zunahme 138 701 261 749 953 550 000 M., 13. Sonstige Passiva 39 695 423 569 927 790 000 M., Zunahme 11 426 436 193 223 168 000 M.

Es wird uns geschrieben: Wenn diesmal die Ausweise der Reichsbank vom 23. und 30. November gleichzeitig und verpalet erscheinen, so hängt das damit zusammen, daß mit dem Jahresrenten der Rentenbank am 15. November tiefgreifende Umstellungen im Berechnungs-

wesen des Reiches verbunden waren, die sich im Reichsbankbetriebe der Reichsbank als der Ausgabestelle der Rentenbank zunächst in einer bedauerlichen Verzögerung der Abschlußarbeiten auswirkten.

Aus den nunmehr vorliegenden Ausweisen für die beiden letzten Novemberwochen ergibt sich für das Schapanweisungsfonto der Reichsbank nach dem seit Jahresanfang nicht mehr zum Stillstand gekommenen Anwachsen eine Entlastung von 189,8 auf 96,9 d. h. um 92,9 Trillionen M. Der Rückgang vollzog sich auf Grund des von der Bank für Rechnung des Reiches aufgenommenen Umtauschs von Rentenmark gegen Papiermark durch Berechnung des Umtauschverlustes auf die Schapanweisungsschuld des Reiches. Andererseits erfuhr die Lombardforderungen wachsend um 7 auf 7,5, die Wechselbestände um 307,8 auf 347,3 Trillionen Mark. Was die Steigerung des Diskontogeschäftes der Bank betrifft, so kommt in ihr zum Ausdruck, daß der Zahlungsvorkehr gegenwärtig an Stelle der schleppend erworbenen Giroüberweisungen den Scheckverkehr bevorzugt und daß diese Schecks überwiegend ihren Weg zur Reichsbank nehmen. Die gesamte Kapitalanlage zeigt hiernach eine Vermehrung um 22,1 auf 452 Trillionen Mark. Das vorübergehende Anwachsen der sonstigen Aktiva während der dritten Novemberwoche beruht in der Hauptsache auf noch nicht abgerechneten Rentenmarkverkäufen, welche die Reichsbank für Rechnung des Reiches aus dessen verzinlichen Krediten ausgeführt hat. In der vierten Novemberwoche wurden die schwebenden Rentenmarkabrechnungen für das Reich zu einem erheblichen Teil bereits glattgestellt. Im Zusammenhang mit diesen Geschäften gingen 169,7 Trillionen Rentenmark an Rentenbank-scheinen in die Kassensbestände der Reichsbank über.

Der bezeichneten Entwicklung der Anlagekonten entsprechend hat der Notenumlauf der Reichsbank während der beiden letzten Novemberwochen eine weitere Ausdehnung um 307,4 auf 400,3 Trillionen M. erfahren. Die Steigerung des Verkehrsbedarfs, namentlich während der letzten Novemberwochen, ist bestimmend beeinflusst worden durch die einjüngende Jurisdiktion des Rotgeldes aus dem Umlauf. Die Summe der fremden Gelder stieg von 129,6 am 15. November auf 374 Trillionen M. am 30. November.

Bei den Reichsbankbarikastellen wurden in der Berichtzeit 6,9 Trillionen M. neu ausgegeben, so daß die Gesamtdarlehensbestände und ebenso der der Reichsbank zugehörige Betrag an Darlehenskassenscheinen je auf 8,9 Trillionen M. anwachsen.

Geschäftliches.

Vom kleinen Rieser mit den neuen Eisenbahn- und Straßenbahnfahrplänen ist im Verlage der Wärtnerischen Buchdruckerei (Heinrich Rieser) neben die Winterausgabe erschienen. Außerdem unterrichtet das Büchlein über die Besuchszeiten der Staats-Sammlungen und anderer Sehenswürdigkeiten und vieles andere. Es ist in allen Buch- und Papierhandlungen, sowie in der Druckerei, Georgplatz 15, zu haben.

Bücherbesprechungen.

* Neue Gemeindeordnung. Alle Gemeinden und ihre Beamten werden sich in den nächsten Wochen eingehend mit der neuen Gemeindeordnung beschäftigen müssen. Dazu ist die in der Neuhäuser Verlagsschubhandlung in Leipzig erschienene Streitsche Handausgabe mit ausführlichen Erläuterungen (2 Bände gebunden je 5 M.) unentbehrlich. Die Anschaffung des Buches wird dadurch erleichtert, daß der Betrag in wöchentlichen Raten von 2 M. beglichen werden kann.

* Im Verlag von J. G. Cotta sind die in Form eines Romans, Fräulein, ein Buch von Heimut und Jugend, gefühlvollen Erinnerungen August Winnig erschienen. Mit einer seltenen Innigkeit der Gesühle blickt der ehemalige Oberpräsident von Ostpreußen zurück in das Fräulein seines Lebens, auf die großen und kleinen Ereignisse, Wünsche und Regungen, die damals sein Herz bewegten, und mit eigenmächtigen Gedanken und bildreicher Phantasie stellt er die wiedererlebte Vergangenheit zu einem überaus reizvollen Bild persönlicher und zeitgeschichtlichen Lebens. Besonders lehrreich ist dieses Buch deshalb, weil es Einblick gewährt in die Kämpfe und Risse eines proletarischen Mannes, Wäinnig wurde als zwölftes Kind des Totengraber einer kleinen Stadt im Ostpreußen geboren. Im neunten Lebensjahr verlor er seinen Vater und mußte vom zehnten Jahre an schon seiner Mutter helfen, das tägliche Brot zu verdienen. Nach der Schulzeit erlernte er das Maurerhandwerk, geriet früh in die Arbeiterbewegung, wanderte und wurde Soldat. Mit 26 Jahren wurde er Redakteur des Arbeiterblattes „Der Grundstein“, mit 34 Jahren Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

* Ein neuer Opernführer kommt gerade noch zur rechten Zeit, um für den Gabelstich empfohlen zu werden; er nennt sich „Das große Opernbuch“. Herausgeber ist der Stuttgarter Musikwissenschaftler und Musikreferent der „Württembergischen Zeitung“ Alexander Eifenmann. Die Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart (Berlin) sorgte für eine vornehme Ausstattung und Aufmachung. Eifenmann erhebt den Gang der Handlungen von nicht weniger als 125 Opern und Musikdramen, die heute auf dem Spielplan der deutschen Opernbühnen stehen, in knapper, übersichtlicher und lebensgroßer Form und Darstellung. Aber nicht nur das; er gibt am Schluß jeder Inhaltsseite historische und literarische Bemerkungen über Musik und Text, zum Teil sogar recht treffende. Und selbstverständlich fehlen im Nachtrag auch biographische Notizen über die einzelnen Komponisten nicht, deren Namen mit Wohlwille Nam beginnen und mit Wohlwille schließen. Auch hier hat der Verfasser nicht verabsäumt, deren musikalische Stellung anzudeuten. Vielen Interessenten wird von Wichtigkeit sein, zu erfahren, daß gerade auch Komponisten, deren Werte erst neuerdings Heimatberechtigung auf den deutschen Bühnen gewonnen, berücksichtigt sind, so Pfitzner mit dem „Armen Heinrich“, der Hofe vom Liebesgarten“ und „Palastrina“, Schreker mit den „Gezeichneten“ und dem „Schöngärtner“, Korngold mit der „Toten Stadt“, dann Russorgel mit Boris Gobunow“ u. a. m. Daß die eigentlichen Repertuare alle vertreten sind, versteht sich fast von selbst. Also ein Nachschlagewerk, bestimmt für die Bühnerei jedes musikalischen Hauses. D. S.

Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann Aktiengesellschaft, Chemnitz.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der **Donnerstag, den 17. Januar 1924, vormittags 11 Uhr,** im Sitzungssaale unseres Verwaltungsgebäudes abzuhaltenen **vierundfünfzigsten ordentlichen Hauptversammlung** unter Hinweis auf nachstehende Tagesordnung eingeladen. Diejenigen Herren Aktionäre, die sich an der Hauptversammlung beteiligen wollen, haben dies nach § 15 unseres Gesellschaftsvertrags spätestens am dritten Tage vor dem Versammlungstage — diesen nicht mit gerechnet —, sonach spätestens am 14. Januar 1924 entweder bei dem unterzeichneten Vorstand oder bei der Dresdner Bank in Dresden, Berlin, Chemnitz oder Leipzig, der Direct-on der Dconto-Gesellschaft in Berlin, Dresden oder Chemnitz, der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft in Berlin, Dresden oder Chemnitz, der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig oder Chemnitz anzumelden. Mit der Anmeldung sind zur Ausübung des Stimmrechts die Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins oder die Bescheinigung eines Notars über die bei ihm erfolgte Hinterlegung der Aktien zu übergeben. Über die Anmeldung wird den Aktionären von der Anmeldestelle eine Bescheinigung ausgestellt, welche zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt. Gegen Vorzeigung dieser Bescheinigung erfolgt die Auszahlung der Einzahlungsscheine und Stimmzettel mit Angabe der Stimmzahl im Tage der Hauptversammlung beim Vorstand der Gesellschaft. Geschäftsberichte nebst Bilanz können an obgenannten Stellen vom 29. Dezember d. J. ab von den Herren Aktionären in Empfang genommen werden. Chemnitz, im Dezember 1923.

Der Vorstand der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann Aktiengesellschaft.

Dr. Krüger, Dr. Böhm, Fiedler, Schulte. Tagesordnung: 1. Bericht über die Geschäftsergebnisse vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923, Vorlegung der Bilanz, Beschlussefassung über dieselbe und die Verwendung des Reingewinns. 2. Beschlussefassung über die Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes. 3. Beschlussefassung über die Vergütung an den Aufsichtsrat. Änderung des § 12 des Gesellschaftsvertrages. 4. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern. 7931

KO Konzertdirektion F. Ries RI
NAECHSTEN Freitag, 7 1/2, Palmengarten
Dahmen Violino [7911]
Dobrowen Klavier.
KO Karten: F. Ries, Seestraße 21 RI

Donnerstag, 2. u. Freitag, 4. Jan., 1/2, Künstlerhaus
Einziges Auftreten in diesem Winter
Marcell Salzer
Heiterste Meisterstücke und Neues.
Karten nur in Carl Tittmanns Buchhandlung, Prager Str. 19. [7910]

Tageskalender.
Dienstag, 25. Debr.
Staatstheater.
Opernhaus.
Parfival. Anf. 5 Uhr.
Ende 10 Uhr.
Mittwoch: Die Schöne. Anfang 1/2 5 Uhr.
Ende 10 Uhr.
Donnerstag: Rienzi. (Dr. H.-B. Nr. 8139 bis 8259.) Anfang 1/2 6 Uhr.
Ende 1/2 11 Uhr.
Schauspielhaus.
Nachmittags 1/2 3 Uhr.
Dornröschen. Ende 5 Uhr.
Abends 1/2 8 Uhr (außer Anrecht):
Tanzabend. Ende gegen 1/2 10 Uhr.
Mittwoch nachm. 1/2 3 Uhr Dornröschen. Ende 5 Uhr. — Abends 1/2 8 Uhr (außer Anrecht):
Maria Stuart. Ende 1/2 11 Uhr.
Donnerstag nachm. 1/2 3 Uhr Dornröschen. Ende 5 Uhr. — Abends 1/2 8 Uhr (außer Anrecht):
Die verurteilte Gode. Ende 1/2 11 Uhr.

Vorteilhaft: kauft man bei 7897
Strickjacken - Hofmann
Dresden-Alstadt, Sternpl. 2, Eing. Annenstr. — Tel. 29069
Spezialhaus für Strickwaren
Straßenbahn 7, 8, 15, 20.

Refidenztheater.
Nachmittags 1/2 4 Uhr
Reinhold. — Herr von Ruffner. — Abends 1/2 8 Uhr: Ruffner.
Mittwoch und Donnerstag dieselbe Vorstellung.
Zentraltheater.
Täglich Parodie-Vorstellung. Anfang 1/2 5 Uhr.

Familiennachrichten.
Verlobt: Hr. Carl Gruber, Beamter in Chemnitz, mit Fräulein Charlotte Grieschke in Dresden; Hr. Referendar Dr. jur. Eduard v. Hofe in Leipzig mit Fräulein Charlotte Wammsfeld, gepr. Rechtsanwältin in Dresden. — Vermählt: Hr. Dr. med. Rudolf Tischendorf in Meerane i. S. mit Fräulein Annemarie Geipel in Dresden - Hofenitz; Hr. Dr. med. Karl Wagner in Ritzberg mit Fräulein Gertrud Brendler, Med. Praktikantin in Dresden. — Gestorben: Hr. Hermann Edardt, vorm. Gastwirt in Dresden; Hr. Mich. Carl Ernst Bräuer, priv. Maler- und Lackiermeister in Dresden; Hr. Konrad Schäfer, Herabgeber und Wappmaler in Dresden; Frau Rudmilla verw. Lohne geb. Jacobi in Dresden; Hr. Studienrat i. R. Prof. Dr. phil. Johannes Fiedel (74 J.) in Dresden; Frau Louise verw. Zimmermann in Dresden; Hr. Major a. D. Walter Georg Rötting (46 J.) in Hermsdorf; Frau Anna verw. Dr. Seume verw. geb. Schneider geb. Thele in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die nächste Nummer der Sächsischen Staatszeitung erscheint Donnerstag, den 27. Dezember, nachmittags.